

Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für
Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit
www.ak-umwelt.at

Euro 1,80

Umwelt und Gesundheit

Welche Umweltbelastungen krank machen, wieso bei Luftverschmutzung und Lärm auch in Österreich noch viel zu tun ist und was das alles mit Menschenrechten zu tun hat.

Foto: AntoineZK / iStock

SCOP TI – Teefabrik in Selbstverwaltung **SEITE 22**

Scan4Chem – eine App hilft Gefahren zu erkennen **SEITE 24**

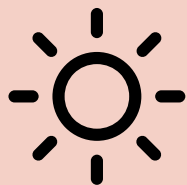
Mobilitätswende – Umdenken ist möglich **SEITE 26**

Nach Corona – Daseinsvorsorge und Grundversorgung aufwerten **SEITE 30**



www.arbeiterkammer.at

Das Wumometer



SONNIG Wasserstoffzug erfolgreich getestet

Rund 14.700 Kilometer wurden von den ÖBB mit einem neuen Wasserstoffzug absolviert. Gegenüber einem Dieselbetrieb konnten dadurch 46 Tonnen CO₂ eingespart werden. Da

auch mittelfristig nicht alle österreichischen Strecken elektrifiziert werden, könnte der Wasserstoffantrieb die Dekarbonisierung der Bahn unterstützen. Als Alternative zum Wasserstoff wären

„Batteriezüge“ einsetzbar. Vor- und Nachteile der Systeme werden derzeit gegeneinander abgewogen. **GL**



HEITER Kein viertes Terminal am Pariser Flughafen

Die französische Regierung hat dem Plan eines vierten Terminals am Pariser Flughafen Charles de Gaulle (Roissy) eine Abfuhr erteilt, und mit ihm dem Bau weiterer Landebahnen. Die

zuständige Ministerin, Barbara Pompili, erklärte, dass sich das Projekt nicht mit den Klima- und Umweltschutzziele Frankreichs vertragen. Freilich hat auch die COVID-Krise das ihre

dazu beigetragen, dass die Luftfahrt nicht mehr in den Himmel wächst. **CS**



WOLKIG MIT SONNE Elektrisches Mistauto als Unikat

Seit 2019 setzt Wien das erste vollelektrische Müllsammelfahrzeug Österreichs ein. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv: Genügend Reichweite, keine lokalen Emissionen, lärm-

arm und halbiertes Energieverbrauch gegenüber einem konventionellen Antrieb. Trotzdem werden – aus Kostengründen – die nächsten Mistautos der MA 48 wieder dieselbetrieben sein. **HH**



ZUM WEINEN BRP-ROTAX im Zwiespalt

Auf der einen Seite beteiligt sich der Motorenhersteller in Günskirchen (OÖ) an der zukunftssträchtigen Entwicklung von Schneemobilen mit Brennstoffzellen (Projekt „HySnow“). Andererseits stellt

Rotax – laut österreichischer Friedensbewegung – Antriebe her, die in israelischen und türkischen Kampfdrohnen (Stichwort: Konflikte in Syrien und Bergkarabach) verbaut werden. **HH**



DONNERWETTER Gehörsturz für alle!

Sehr schnell wird der Slogan der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen „niemandem zu schaden“ (not to harm principle) von den eigenen BeamtInnen gekippt. Das deutsche

Schiene-Lärmschutzgesetz schreibt die Nachrüstung von lauten Güterwaggons mit leisen Bremsen vor. Lärmschutz für alle? Das widerspricht laut Verkehrskommission dem Wett-

bewerb, das Gesetz muss kritisch geprüft werden. Offensichtlich ist der Wettbewerb wertvoller als die Gesundheit der Unionsbürger*innen. **GL**

Inhalt

Umwelt und Gesundheit

Wie Umwelteinflüsse die Gesundheit beeinträchtigen. Seite 10

Lieferkettengesetz

Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz ist gefragt. Seite 14

Gesundheitsrisiken

Luftverschmutzung und Lärm sind die größten Belastungen. Seite 18

Betrieb: Teefabrik SCOP TI

Selbstverwaltung als alternatives Wirtschaftsmodell. Seite 22

Leben: Scan4Chem

Ein App informiert beim Einkauf über gefährliche Chemikalien in Produkten. Seite 26

Politik: Verkehr und Klima

Lehren aus der Coronakrise für eine Mobilitätswende. Seite 28

AK Studie: Daseinsvorsorge

Die Leistungsträger*innen auch nach der Pandemie endlich aufwerten. Seite 34

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	05
Interview	09
Aktion	31
Pro und Kontra	32
Kommunikation	33

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber

Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20–22, 1040 Wien

E-Mail wirtschaft.umwelt@akwien.at **Telefon** 01/501 65

Redaktion Mag.ª Sylvia Leodolter (Chefredakteurin),

Eva-Maria Leodolter (Redakteurin) agentur.leodolter@gmx.at

Sekretariat Krisztina Hubmann, Sabrina Pochop (DW 12404)

Konzeption Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at

Layout & Infografik Michael Haderer

Druck gugler GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens gugler®print, Melk, UWZ-Nr. 609, www.gugler.at



Höchster Standard für Ökoeffektivität. Cradle to Cradle™ zertifizierte Druckprodukte innovated by gugler®.



Bitte sammeln Sie Abpapier für das Recycling. EU Ecolabel | AT/28/001

Gesundheitsgefahr

Umweltschutz und Gesundheit: Ein globaler Blick auf die Realität ist nötig.



Von Sylvia Leodolter

Nein, es geht nicht schon wieder um Corona. Aber es geht um die Gesundheit der Menschen – in Österreich, in Europa, auf der ganzen Welt. Wenn man in einem reichen Land lebt, vom Smog verschont ist, sauberes Wasser und geprüfte Lebensmittel konsumieren kann, und wenn auch am Arbeitsplatz auf Gesundheitsschutz geachtet wird, könnte man meinen, alles wäre in Ordnung. So ist es aber leider nicht.

Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass rund ein Viertel der weltweiten Todesfälle auf die schlechten Umweltbedingungen zurückzuführen sind, in

Umwelt- und Gesundheitsschutz ist eine Frage der Verantwortung und der sozialen Gerechtigkeit – regional und global.

Europa immerhin etwa einer von sieben. In einigen Bereichen wie im Luft- und Lärmschutz besteht auch in Österreich Handlungsbedarf. Dabei sind Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung, Strahlungs- und Lärmbelastung, Folgen des Klima- und Ökosystemwandels höchst ungleich verteilt. Sie hängen eng mit Armut, Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen zusammen. Auch in Europa sind sozial Schwächere eher von Umweltbelastungen betroffen. Die Missachtung von Arbeitnehmer*innen- und ganz allgemein Menschenrechten geht nicht zufällig mit der Zerstörung der Umwelt Hand in Hand. Es ist höchste Zeit, dass der Einsatz für Gesundheit und Umwelt nicht an den Staatsgrenzen endet, dass die Globalisierung der Produktion durch eine Verantwortung für die globalen Produktionsbedingungen ergänzt wird.

Sylvia Leodolter

Chefredakteurin und Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien



Foto: Flughafen Wien AG

Flug- und Bahnlärm neu bewerten.

WHO Leitlinien 2018 – Relevanz für Österreich

Studie Angesichts der neuen WHO-Lärm-Empfehlungen „... ist aus ärztlicher Sicht eine Anpassung der derzeitigen Grenzwerte an diese Ergebnisse im Sinne des Gesundheitsschutzes erforderlich“, sagt eine Studie im Auftrag des BMK. Im Rahmen der Studie der Medizinischen Universität Wien, Abteilung für Umwelthygiene und Umweltmedizin, wurde geprüft, inwiefern die abgeleiteten Richtwerte der 2018 veröffentlichten WHO Leitlinien für Umgebungslärm für die österreichische Situation und Rechtslage relevant sind. Im Kern beleuchtet die Studie die Methodik und Begründetheit der WHO Leitlinien und untersucht sodann ihre Anwendbarkeit im Rahmen der österr. Gesetzeslage zu bestimmten Fragestellungen wie etwa dem Schienenbonus und möglichen Gegenargumenten. Die Autoren sehen die von der WHO vorgeschlagenen Richtwerte wissenschaftlich gut abgesichert und halten die derzeit in Österreich tolerierten Risiken mit der gegenwärtigen wissenschaftlichen Evidenz nicht mehr für vereinbar. Die größten Diskrepanzen bestehen offenkundig zu Eisenbahn- und Fluglärm. www.laerminfo.at **H0**

Offenlegung

Wirtschaft & Umwelt ist ein Organ der Bundesarbeitskammer. Aufgabe ist die Vermittlung fundierter wissenschaftlicher Grundlagen der Nachhaltigkeit und auf den Gebieten Ökologie, Umweltökonomie, Umweltpolitik. Ziel ist die Förderung des Bewusstseins für nachhaltige Entwicklung und die Verbreitung von Informationen über die Wechselwirkungen von Ökologie und Ökonomie.

Gesundheitsrisiken durch Lärm

EEA-Briefing Eine Million gesunde Lebensjahre gehen den Europäer*innen jedes Jahr durch die Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit, insbesondere durch Belästigung, Schlafstörungen oder Herz-Kreislaufkrankungen verloren, hebt die Europäische Umweltagentur Ende 2020 in ihrem Kurzbriefing hervor.

Auf knapp zwölf Seiten werden die Gesundheitsrisiken durch Umgebungslärm bewertet, wobei drei Indikatoren helfen sollen, die gesundheitlichen Lärmwirkungen zu erfassen und zu kommunizieren. Im ersten Schritt werden ausgehend von den Ergebnissen der Lärmkartierungen auf der Basis der EU-Umgebungslärmrichtlinie die Betroffenen ermittelt, die über den von der WHO empfohlenen Richtwerten leben müssen. Konkret sind dies rund 100 Millionen Europäer*innen. Die größte Quelle ist der Straßenverkehr. Sodann wird abgeschätzt, bei wie vielen Betroffenen die beschriebenen Gesundheitseffekte jährlich auftreten. Konkret bewirkt Umgebungslärm jährlich rund 12.000 vorzeitige Todesfälle. Und Drittens werden die damit verbundenen Krankheitslasten, also die verlorenen Lebensjahre quantifiziert. <https://www.eea.europa.eu/publications/health-risks-caused-by-environmental> **H0**

Für AK Präsidentin Renate Anderl ist Investieren der einzig vernünftige Weg aus der Krise.



Wir müssen unsere Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise verstärken. Aber so, dass wir gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Krise überwinden und Arbeitsplätze schaffen.

**AK Präsidentin
Renate Anderl**



Foto: Sebastian Philipp, BAK

Vorschlag für die neue EU-Batterien VO

Lebenszyklus Der im Dezember 2020 vorgelegte Vorschlag soll die EU bei der Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor und beim Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft unterstützen. Er folgt einem integrativen, auf alle Aspekte im Lebenszyklus von Batterien abzielenden Ansatz mit hohen Zielen.



Verantwortung für die Lieferkette.

Batterien sollen über den ganzen Lebenszyklus nachhaltig, leistungsfähig, langlebig und sicher sein sowie mit möglichst geringen Umweltauswirkungen aus Materialien hergestellt werden, die unter vollständiger Einhaltung der Menschenrechte sowie sozialer und ökologischer Standards gewonnen werden.

Die BAK begrüßt den ambitionierten Ansatz, sieht aber deutlichen Nachbesserungsbedarf. Zweifel betreffen die Binnenmarktcompetenz, die Verordnungform und überschießende Gestaltungsbefugnisse der Kommission. Es braucht auch klarere End-of-Life-Anforderungen und zwar unter Anknüpfung an den allgemeinen Rahmen in der EU-Abfallrahmenrichtlinie. Die Verantwortung für Sozial- und Umweltstandards in der Lieferkette ist erfreulich, hat aber viele Schwachstellen. **HO**



Foto: Rudi Klein

Bidens umweltpolitischer Kurswechsel

180 Grad Joe Biden, neuer Präsident der USA, wird in vielen Politikfeldern einen radikal anderen Kurs fahren als sein rechtspopulistischer Vorgänger. Gerade in der Klima- und Umweltpolitik gingen manche Änderungen besonders schnell. So unterzeichnete Biden am ersten Tag im Amt eine Verordnung („executive order“), nach der die USA wieder dem Klimaabkommen von Paris beitreten, eine weitere, mit der der Bau der umstrittenen Öl-Pipeline namens „Keystone XL“ gestoppt wird. Eine Vielzahl an Rechtsakten, die unter der Vorgänger-Regierung erlassen wurden, sollen nun überprüft und gegebenenfalls abgeändert werden. Dies reicht vom Energierecht über die Luftreinhaltung, den Gewässerschutz bis hin zum Chemikalienrecht. Ausdrücklich setzt Biden wieder auf die Rolle der Wissenschaft als Informationsquelle für die Politik. **CS**

Billigschnellzüge gegen die Luftfahrt-Kurzstrecke

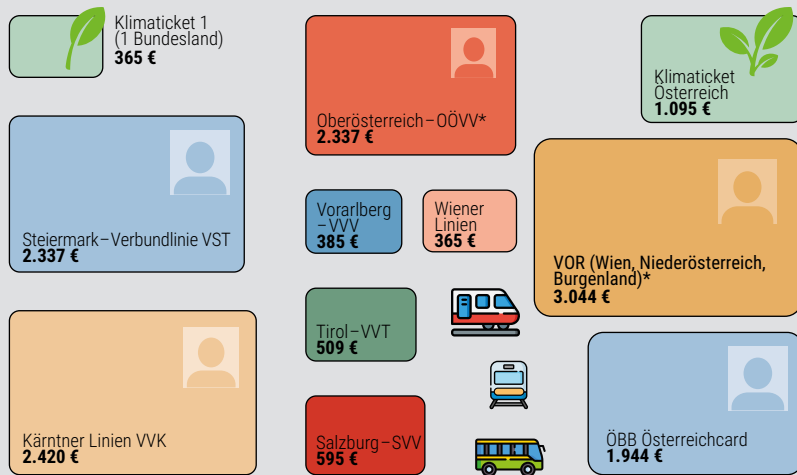
Billigzüge Auf einer der meistbeflogenen innereuropäischen Flugstrecken greift die spanische Bahn jetzt mit Billigzügen ab fünf Euro an. Das Angebot ist kontingentiert, die Tickets sollen aber mit maximal 60 Euro erschwinglich bleiben. Die erste Strecke ist die Hochgeschwindigkeitsroute zwischen Madrid und Barcelona, die am häufigsten beflogene Route innerhalb Europas. Sogar zu Corona-Zeiten gibt es hier noch regen Flugverkehr. Zunächst wird der „Avlo“ vier Mal pro Tag je Richtung verkehren. Das Angebot soll Ende Juni starten. **DA**



Foto: Antonio Garcia Prieto

Erste Schritte zum Klimaticket

Aktuelle Jahresnetzkarten im Vergleich



Grafik: Jakob Fischhauer

*) VOR und ÖÖVV haben keine Netzkarte, die angegebenen Preise geben die angest. größtmögliche Netzabdeckung wieder

Das Klimaticket Österreich ist für viele Pendler*innen günstiger als ihre Jahreskarte. Trotzdem müssen auch die Stufen 1 und 2 rasch kommen.

Netzkartenpreise Die Bundesregierung hat ein „1-2-3-Österreich-Ticket“ angekündigt. Es soll für alle öffentlichen Verkehrsmittel gelten und in drei Formen angeboten werden: um 1 Euro pro Tag für ein Bundesland (365 Euro pro Jahr), um 2 Euro für zwei benachbarte Bundesländer (730 Euro) und um 3 Euro für das gesamte Bundesgebiet (1.095 Euro). Seit über einem Jahr laufen dazu Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, nun soll noch 2021 zuerst nur das österreichweite Klimaticket (Stufe 3) starten, das allein vom Bund finanziert wird. In Wien, Vorarlberg, Tirol und Salzburg gibt es schon günstige Jahresnetzkarten, daher sind vor allem die übrigen Länder jetzt gefordert. Aufgrund der aktuellen Tarifstruktur bringt in der VOR-Region (Wien, Niederösterreich, Burgenland) schon das Klimaticket-Österreich eine finanzielle Erleichterung für viele Pendler*innen. So zahlen etwa alle burgenländischen Wien-Pendler*innen jetzt deutlich mehr für ihre Jahreskarte als für das kommende Österreich-Ticket. Auch in Niederösterreich,

Oberösterreich, Steiermark und Kärnten bringt es für viele eine Ersparnis. Aber erst, wenn es in allen Verkehrsverbänden auch das 1er- und 2er-Ticket gibt, werden Bahn, Bus und Bim für alle Pendler*innen und andere Fahrgäste preislich unschlagbar. Vor diesem Hintergrund setzt sich die AK dafür ein, dass die Verhandlungen beschleunigt werden und dass vor allem auch das Verkehrsangebot – insbesondere im ländlichen Raum – verbessert wird. Nur dann gibt es eine klimafreundliche Mobilitätsgarantie für alle. **SL**



Das Klimaticket-Österreich ist für viele attraktiv. Noch wichtiger sind aber günstige Netzkarten in allen Verbänden und ein flächendeckendes Verkehrsangebot.

AK will faire Entschädigungen

Diesel-Pkw-Abgasskandal Fünf Jahre nach „Dieselgate“ hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 17. Dezember 2020 mit einem Urteil ein klares Zeichen gesetzt. Demnach ist die Verwendung von Abschaltsoftware („defeat device“) für eine verminderte Abgasreinigung bei Pkw nicht mit EU-Recht vereinbar. Grenzwerte müssen am Prüfstand bei der Zulassung und auf Straße gleichermaßen eingehalten werden.



Abgasreinigung muss funktionieren.

Derzeit ist noch ungeklärt, ob betroffenen Auto-Besitzer*innen Schadenersatz zusteht oder nicht und wie sie diesen durchsetzen können. Allein in Österreich geht es um über eine Million Betroffene, für diese muss jetzt eine Lösung her. Denn Autos mit einer nicht legalen Abgastechnik dürfen eigentlich nicht zugelassen werden.

Der Ball liegt jetzt bei der Bundesregierung und der EU-Kommission, die für die Marktüberwachung zuständig sind und Maßnahmen gegen Hersteller einleiten können. In Österreich muss außerdem eine niedrigschwellige Verbandsklage-Möglichkeit her, damit unsere Verbraucher*innen nicht länger gegenüber Nachbarländern schlechter gestellt sind. **FG**

Foto: WALEBA TARILEVA / Adobe Stock



**Tipp****Neue Gentechnik**

Bergen Produkte der Neuen Gentechnik Risiken für Gesundheit und Umwelt? Was bedeutet das für die Konsument*innen? Antworten dazu finden sie in der neuen AK-Studie.

Download:

<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?url=urn:nbn:at:at-akw:g-3581472>

Lebensmittel, die mit Verfahren der Neuen Gentechnik hergestellt werden, müssen als GVO-Produkte gekennzeichnet und vor der Marktzulassung durch eine Risikobewertung geprüft werden.

Kritik an EU-Kommission

Gentechnik Die Umweltorganisationen Friends of the Earth und GLOBAL 2000 kritisieren eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie zur neuen Gentechnik (Genome Editing) bereits vor deren Veröffentlichung Ende April. Die Kommission soll gegen ihre eigenen Transparenzrichtlinien verstoßen und die Gentechnik-Industrie bevorzugt haben, so ihre Kritik. Bereits im Juli 2018 traf der Europäischen Gerichtshof eine klare Entscheidung: neue gentechnische Methoden wie die Genschere CRISPR/Cas verändern Pflanzen und Tiere. Diese gelten dann als gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Gesundheitsminister Anschöber stellt klar, dass es für ihn kein Aufweichen der EU-Gentechnikgesetze gibt. Auch für die neue Gentechnik gelten das Vorsorgeprinzip, wissenschaftliche Risikobewertung und Kennzeichnungspflicht. Das deckt sich mit der AK-Position. Welche Auswirkungen eine Deregulierung hätte kann in der AK-Studie zur Neuen Gentechnik nachgelesen werden. Hier der Link zum Lobbyreport der Umwelt NGOs: <https://www.global2000.at/sites/global/files/Gentechnik-EU-Lobby-Report-2021.pdf> **SI**



Kommentar

Horror Thriller bei Amazon

Von Thomas Hader

Nein, hier geht es nicht um eine neue Serie des Internetgiganten, sondern um die beinharte Realität von Sozialbetrug mitten im Weinviertel. Seit vielen Wochen heißt es für den stationären Handel aufgrund der Corona-Pandemie: leider geschlossen. Gewinner der Krise ist der Onlinehandel, allen voran der Platzhirsch Amazon. Die digitalen Goldgräber fahren ihre Milliarden allerdings mit höchst undurchsichtigen Konstrukten ein. Und das nicht irgendwo im fernen Silicon Valley, sondern mitten in Großebersdorf im Bezirk Mistelbach. Dort nämlich hat die Finanzpolizei voriges Jahr die Amazon Paketdienstleister überprüft. Bei 133 Unternehmen mit über 2.400 Mitarbeiter*innen gab es knapp 1.000 Beanstandungen mit einer Strafe von fast 800.000 Euro. „Ich kann mich an keine Kontrolle erinnern, bei der wir auf derartig viele Gesetzesübertretungen gestoßen sind“, fasst der Leiter der Finanzpolizei die untragbaren Zustände zusammen. Amazon bleibt davon jedoch völlig unbehelligt, da die betroffenen Firmen als Sub-, und Subsub-Unternehmer arbeiten und es anders als im Baugewerbe keinerlei Auftraggeberhaftung gibt. Abgesehen von den miesen Arbeitsbedingungen zeigt dies auch: Schlupflöcher werden beinhart ausgenutzt, um sich auf Kosten unseres Sozialsystems zu bereichern. Diese Sendung gehört dringend abgesetzt.

Der Onlinehandel profitiert von der Krise und nutzt auch jedes soziale Schlupfloch aus, um Gewinn zu machen.

Thomas Hader ist Arbeitspsychologe und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr.



Vor 30 Jahren „Für den Bereich der Abfallvermeidung wären folgende Maßnahmen dringend: Es sind Pfandrege- lungen für den Bereich Batterien ein- zuführen, da die bisherigen Wieder- einsammlungsraten unbefriedigend waren. Es sind Pfandrege lungen für alle Getränkeverpackungen und für Kunst- stoffverpackungen von Wasch- und Reinigungsmittel (außer Nachfüllbeu- tel) sowie für Verpackungen, die wegen der in der Regel enthaltenen Reststoffe gefährliche Abfälle darstellen, einzufüh- ren. Für Wein sind eigene Pfandverord- nungen gekoppelt mit einer Normung der Flaschen einzuführen.“



Vor 15 Jahren „Die Erwärmung des Weltklimas ist eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts. [...] Unter den Optionen zur CO₂-Emissionsmin- derung spielt die Kernenergie eine her- ausgehobene Rolle. Sie wird seit Beginn ihrer Nutzung kontrovers diskutiert. [...] Eine Analyse der Interaktionen von ver- schiedenen Optionen zur Umsetzung ehrgeiziger Klimaziele zeigt, dass die – mit erheblichen anderen Risiken behaf- tete – Kernenergie selbst für ehrgeizige Emissionsreduktionsstrategien nicht unverzichtbar ist und der nukleare Aus- baupfad sich als Irrweg mit erheblichen kontraproduktiven Effekten erweisen kann.“

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) im Nationalrat

Entwurf Am 17. März beschloss der Ministerrat den Entwurf des EAG, wel- ches das bisherige Ökostromgesetz ablöst. Es soll den Weg dafür ebnen, dass in Österreich 2030 Elektrizität nur mehr aus erneuerbaren Quellen kommt, zumindest bilanziell. Neu sind die Re- gelungen für Gas aus erneuerbaren Quellen. Die AK begrüßt, dass nun auch



Kosten der Erneuerbaren Energie beschränken.

Preistransparenz für Fernwärme einge- führt wird, ein Bereich, bei dem Kunden bisher kaum Preise vergleichen konn- ten. Die Fördermittel sollen wie bisher von den Stromverbraucher*innen auf- gebracht werden. Statt fixen Einspei- setarifen erhalten die Anlagenbetreiber Investitionsförderungen oder Markt- prämien als Aufschläge auf den Strom- preis. Die AK hat im Vorfeld zahlreiche Vorschläge gemacht, wie die Kosten für die Förderung Erneuerbarer Energie für die Haushalte gesenkt werden können, ohne dass es zu Kürzungen von För- dermitteln kommt. Doch weder ein Kostendeckel für Verbraucher*innen, die Befreiung der Förderbeiträge von der Umsatzsteuer noch die zahlreichen anderen Vorschläge fanden Berücksichtigung. Im Nationalrat braucht der Entwurf nun eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Nimmt er diese Hürde, kann das EAG noch vor dem Sommer in Kraft treten. **CS**



Von emissionsfreier Mobilität weit entfernt.

Österreichs Treibhausgas- bilanz 2019

Kein Ruhmesblatt Die Treibhaus- gas-Emissionen in Österreich sind von 2018 auf 2019 um 1,5 Prozent gestie- gen. Das zeigt die jüngste Treibhaus- gas-Bilanz des Umweltbundesamtes. Damit liegen die Emissionen bei 79,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent, das ist knapp 2 Prozent mehr als 1990. Zur Erinnerung: Das Ziel der EU für 2020 ist die Verringerung der Emissionen um 20 Prozent gegenüber 1990. Dazu wird Österreich wohl keinen Beitrag leisten. Auch das im Klimaschutzgesetz fest- gelegte Zwischenziel für 2019 wurde deutlich verfehlt. Sorgenkind Nummer 1 ist weiterhin der Verkehr, dessen Emis- sionen ungebremst zunehmen. Doch auch die Industrie-Emissionen haben deutlich zugenommen. Nur durch die Coronakrise, die die Emissionen im Jahr 2020 kurzfristig dämpfte, dürfte es noch gelingen, das österreichische Klimaziel für 2020 zu erreichen. **CS**

Eine Milliarde für ein besseres Klima in Wien

Wien hat für 2021 ein ambitioniertes Paket an klimawirksamen Maßnahmen geschnürt. Umwelt-Stadtrat **Jürgen Czernohorszky** erklärt im WUM-Interview wie er Klimaneutralität und Lebensqualität sichern möchte.

Als amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal warten in der kommenden Periode viele Aufgaben auf Sie. Speziell beim Thema Klima- und Umweltschutz hat sich in Wien ja einiges getan – wo werden Sie hier Schwerpunkte setzen?

An oberster Stelle steht der Kampf gegen die Klimakrise. Das ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Im unserem Regierungsprogramm haben wir das Ziel festgelegt, bis 2040 – als erstes Bundesland – CO₂-neutral zu werden. Ein zentrales Handlungsfeld ist die Energiewende. Daher habe ich die größte Sonnenergie-Offensive der Geschichte gestartet. In den nächsten Jahren wollen wir pro Jahr durchschnittlich so viele Photovoltaik-Anlagen schaffen, wie in den letzten 15 Jahren zusammen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf mehr Grünraum in der Stadt. In den kommenden fünf Jahren wird es 400.000 m² neues Grün geben. Insgesamt wurde für 2021 eine Milliarde Euro für den Klimaschutz in der Stadt veranschlagt.

Ihre Amtsvorgängerin übernimmt die Planungsagenden, für den Klimaschutz in der Stadt sind auch Verkehrsfragen überaus bedeutend. Wie werden Sie sich zwischen den Ressorts abstimmen? Welche Rolle soll dabei das geplante Wiener Klimaschutzgesetz und der Wiener Klimarat spielen?

Wien hat sich mit dem Regierungsprogramm sehr mutige und ambitionierte Ziele im Klimaschutz gesetzt. Diese Verantwortung tragen wir gemeinsam als Stadtregierung. Und wir nehmen sie in allen Bereichen und in



Als zuständiger Stadtrat für Klima und Umweltschutz hat sich Jürgen Czernohorszky hehre Ziele gesteckt. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket soll Wien bis 2040 CO₂-neutral werden lassen.

Die Lebensqualität muss für alle Wiener*innen steigen und nicht bloß für jene, die sich diese Lebensqualität sowieso kaufen können.

vollem Bewusstsein darüber wahr, dass wir gemeinsam an den großen Rädern drehen müssen. Damit meine ich sowohl konkrete Großprojekte wie neue Öko-Kraftwerke, die einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen leisten, als auch verbindliche gesetzliche Instrumente, um auf dem Klimaschutzpfad zu bleiben. Besonders wichtig ist mir dabei die Einbindung der Bevölkerung, die auch – aber nicht nur – über den Wiener Klimarat passiert.

Die AK betont, dass Umwelt- und Klimaschutz im Kern eine soziale Frage ist. Welche Rolle spielen

Ungleichheit bzw. soziale Verteilungsaspekte in Ihren politischen Projekten? Es besteht die große Gefahr, dass existierende, soziale Ungleichheiten durch die Klimakrise verstärkt werden, da müssen wir gemeinsam gegensteuern.

Sie haben viele Jahre die Bildungspolitik in Wien mitgestaltet. Wie hängen Ihrer Meinung nach Umwelt-/Klimaschutz und Bildung zusammen? Ich halte Klima- und Umweltbewusstsein für eine der Schlüsselkompetenzen der Zukunft. Mit dem Umweltbildungsprogramm EULE bietet die Stadt Wien bereits zahlreiche Bildungs- und Erfahrungsmöglichkeiten. Klimabildung ist in Zukunft noch wichtiger, damit Kinder und Jugendliche über das nötige Werkzeug verfügen um Zusammenhänge zu erkennen. Selbstbewusst und motiviert Verantwortung für die Umwelt und das Klima zu übernehmen, sollte hier das Bildungsziel oberster Priorität sein. □

Jürgen Czernohorszky ist seit November 2020 Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal.

Umwelt und Gesundheit – eine Herausforderung

Die COVID-19-Pandemie zeigt einmal mehr die untrennbare Verbindung zwischen der menschlichen Gesundheit und dem Ökosystem. Die Integration von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in alle Politikbereiche ist entscheidend, um die Belastungen zu reduzieren. FLORIAN WUKOVITSCH UND IRIS STRUTZMANN

Umweltschutz trägt vielfach auch zu guter Gesundheit bei, eine intakte Natur ist eine grundlegende Voraussetzung für individuelles Wohlbefinden. Das betrifft nicht nur die funktionierende Versorgung mit sauberem Wasser, gutem Essen und unbelasteter Luft. Die Folgen der Pandemie haben uns einmal mehr vor Augen geführt, dass der direkte Zugang zu Naherholungsräumen entscheidend ist, um auch in schwierigen Zeiten im körperlichen und seelischen Gleichgewicht zu bleiben. Auch diese Zusammenhänge haben dem Umwelt- und Klimaschutz in den letzten Jahren zu mehr politischem Gewicht verholfen. Die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und das

Wohlbefinden sind beim Schutz von Waldressourcen, des Klimas oder der Biodiversität heute ein zentrales Thema. Das wird auch im Zuge der Ausarbeitung der Österreichischen Gesundheitsziele betont (siehe Kasten S. 13).

Durch Fortschritte beim naturwissenschaftlichen Forschungsstand werden gleichzeitig die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit immer besser verstanden und somit die Belastungen für den Menschen, von Feinstaub bis zu hormonell wirksamen Substanzen, besser kontrollierbar. In einer Welt, die sich nicht zuletzt durch technologische Innovationen dynamisch verändert,

gilt es, die Risiken, die von Umwelteinflüssen auf den menschlichen Organismus ausgehen, möglichst zuverlässig zu beurteilen. Dabei müssen jedoch auch individuelle Faktoren, der vorherrschende Lebensstil oder Wechselwirkungen mit anderen Umwelteinflüssen berücksichtigt werden. Ohne adäquate Risikoabschätzungen ist es heute in vielen Bereichen kaum noch vorstellbar, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse gesundheitsfördernd zu gestalten.

So ist beispielsweise immer noch nicht gänzlich geklärt, wodurch die Corona-Pandemie verursacht wurde. Am wahrscheinlichsten ist, dass das COVID-19-Virus von Wildtieren auf den Menschen übertragen wurde. Der Weltbiodiversitätsrat warnte bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie im 2019 erschienenen Bericht, dass weniger Lebensraum für Tiere sogenannte zoonotische Krankheiten wie SARS oder Schweinegrippe verursachen könnten.

Diese Erkenntnisse zeigen, wie wichtig der Schutz der Biodiversität ist, damit Ökosysteme gut funktionieren können. Die Wissenschaft vermutet, dass derzeit schätzungsweise 1,7 Millionen unentdeckte Viren in Säugetier- und Vogelwirten existieren, wovon ungefähr ein Drittel auf den Menschen übertragen werden könnten. Der Weltbiodiversitätsrat weist in einem Sonderbericht darauf hin, dass Störungen des ökologischen Gleichgewichts und nicht nachhaltiger Konsum das Pandemierisiko verstärken können. Vor allem die Rodung von Wäldern, intensive Landwirtschaft und Wildtierhandel werden dabei als Treiber ausgemacht, was auch die Klimakrise zusätzlich befeuert. Pandemie- und Klimarisiko könnten mit weniger Fleischkonsum deutlich gesenkt werden, sind sich die Expert*innen einig.



31

Die Kommission hat europaweit 31 Verfahren wegen Nichteinhaltung der Luftqualitäts-Richtlinie eingeleitet.

Zuletzt haben die Wechselwirkungen zwischen Gesundheit, Umwelt und sozialen Fragen durch die UN-Nachhaltigkeitsziele einen neuen Aufwind bekommen. Einer WHO-Studie aus dem Jahr 2016 zufolge waren 2012 beinahe ein Viertel der weltweiten Todesfälle auf die Umweltbedingungen zurückzuführen, in der EU bzw. Europa immerhin rund einer von sieben. Bei dieser Schätzung wurden nicht nur die veränderbaren Faktoren der Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung sowie von Strahlung und Lärm berücksichtigt. Auch Berufsrisiken, landwirtschaftliche Methoden, der menschenverursachte Klima- und Ökosystemwandel, die gebaute Umwelt und Verhaltensweisen, die auf bestimmten Umweltbedingungen beruhen – z.B. auf der Verfügbarkeit von sauberem Wasser zum Händewaschen oder auf städtebaulichen Rahmenbedingungen – fließen darin mit ein. Ein gewisses Maß an Umweltverschmutzung ist zwar unvermeidbar. Die Möglichkeiten zur Veränderung jener Aspekte, die politisch gestaltbar sind, sollten aber besser genutzt werden. Die aktuelle Pandemie führt mit ihren drastischen Konsequenzen die Dringlichkeit dieser Forderung vor Augen.

Ein globales Problem

Auch die europäische Umweltagentur (EEA) beruft sich in ihren Analysen auf die Zahlen der WHO. Bis heute bestehen zwischen den Staaten in dieser Region große Unterschiede, wie sich die Umweltbedingungen auf die Mortalität auswirken. Während z.B. in Norwegen und Island jeweils nur rund 9 Prozent der Todesfälle im Jahr 2012 mit der Umwelt in Zusammenhang gebracht werden, sind es in Albanien 23 und in Bosnien-Herzegowina sogar 27 Prozent. In absoluten Zahlen werden allein innerhalb der EU 630.000 Todesfälle im Jahr 2012 auf die Umweltbedingungen zurückgeführt. Die umweltbedingten Krankheiten reichen dabei von Krebs über Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen bis zu neurologischen Störungen. Sowohl die Umweltstressoren als auch deren Gesundheitsfolgen können freilich auch kombiniert auftreten. Gerade in Städten kommen mehrere Stressoren wie Luftverschmutzung, Lärm und Grünraum- ▷

Kurzgefasst

Negative Umwelteinflüsse schaden oft auch der menschlichen Gesundheit. In Europa zählen Luftverschmutzung, Lärm und der Klimawandel zu den Umweltstressoren mit den gravierendsten Gesundheitswirkungen, unter denen manche Bevölkerungsgruppen besonders stark leiden. Denn die Folgen von Umwelttrisiken sind weder bei globaler noch bei nationaler Betrachtung gleichmäßig verteilt.



Florian Wukovitsch ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh



Iris Strutzmann ist Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

Foto: privat

Schätzungsweise existieren 1,7 Mio. unentdeckte Viren in Säugetier- und Vogelwirten, wovon ein Drittel auf den Menschen übertragen werden könnte.

mangel zusammen. Man geht davon aus, dass der Bevölkerung in den EU-28 durch umweltbedingte Krankheiten 20 Millionen gesunde Lebensjahre verloren gehen, wobei Luftverschmutzung und Lärm die schwerwiegendsten Auswirkungen haben. Zukünftig könnten aber auch Hitze-Wellen zu einer wesentlich größeren Belastung werden und zu mehr als 130.000 Todesfällen pro Jahr führen. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass unter anderem die Auswirkungen von Chemikalien oder die gesundheitlichen Effekte des Klimawandels abseits der direkten Auswirkungen von Hitze vielfach schwer zu schätzen sind.

Es muss berücksichtigt werden, dass sich Produktion und Konsumverhalten in Europa auch anderswo auf Umweltbedingungen und Gesundheit auswirken.

Handlungsbedarf in der EU

In der Europäischen Union gibt es bereits viele Rechtsvorschriften, die den Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit verfolgen. Dennoch braucht es noch mehr davon, wie die Europäische Umweltagentur in ihrem Bericht „Die Umwelt in Europa – Zustand und Ausblick 2020“ ausführt. Die Autor*innen fordern umfassende Verbesserungen für die Schutzgüter Wasser, Luft, Boden und Biodiversität und weisen auf die globale Dimension des Problems hin. Damit Europa seinen hohen Ressourcenverbrauch decken kann, ist es von Ressourcen wie Wasser, Land, Biomasse sowie andere Materialien aus allen Teilen der Welt abhängig. So haben Produktion und Konsumverhalten der Europäer*innen auch anderswo Umweltauswirkungen. Die Kommission greift diese Empfehlungen auf und erarbeitet derzeit einen „Aktionsplan für Nullemissionen“ zum Schutz von Wasser, Böden und Luft. Bereits jetzt könnten die Mitgliedsstaaten aber

mehr tun, um die bestehenden Umweltstandards besser einzuhalten – dann wären zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren nicht mehr notwendig: So wurden beispielsweise von der Kommission 31 Verfahren gegen insgesamt 18 Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Luftqualitäts-Richtlinie eingeleitet.

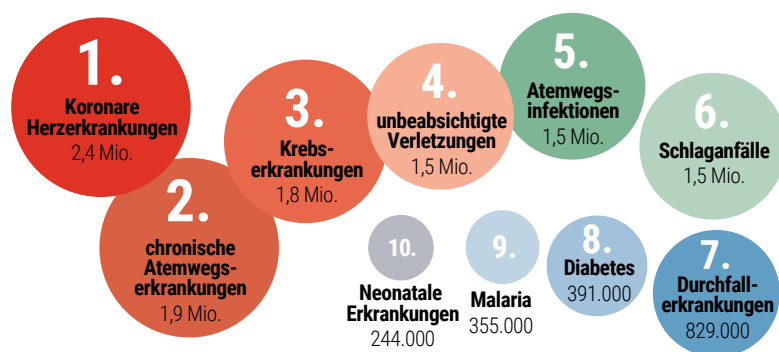
Ein Ziel des Aktionsplans wird es sein, die Belastung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt durch persistente und toxische Chemikalien, Pestizide, Stickstoff oder Mikroplastik noch weiter zu reduzieren. Hier wäre es zielführend, bereits bei der Produktzulassung einen noch strengeren Blick anzuwenden, unter anderem um den Trinkwasserschutz zu stärken. Zunehmend wird die Belastung der Trinkwasserressourcen nämlich durch Rückstände von Pestiziden und deren Abbauprodukten zum Problem. Bereits vorhandene EU-Rechtsvorschriften zum Schutz des Wassers, des Bodens und der Luft (Wasserrahmenrichtlinie, Nitrat-Richtlinie, Industrie-Emissionsrichtlinie, etc.) noch konsequenter umzusetzen, wäre bereits ein erster Schritt, um den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu verbessern. Im Bereich der Landwirtschaft sind sowohl die Mitgliedsstaaten als auch die Kommission gefordert, darauf zu achten, dass die Landwirtschaft zukünftig keine Verunreinigungen mehr verursacht und somit auch die Biodiversität geschützt wird.

Trotz des umweltpolitischen Fortschritts in den letzten Jahrzehnten können einzelne Bevölkerungsgruppen in Europa weiterhin stark belastet sein.

Eine Frage der Gerechtigkeit

Obwohl in Europa viele Umweltbelastungen in den letzten Jahrzehnten durch strengere Umweltgesetze reduziert werden konnten, können einzelne Bevölkerungsgruppen weiterhin stark belastet sein. Umweltbezogene Ungleichheit ist vielfach eng mit sozialer Ungleichheit verbunden. Neben mehr empirischer Evidenz zu umweltbezogener Ungleichheit bedarf es daher auch einer politischen Diskussion zu Umweltgerechtigkeit in Europa. Die Europäische Umweltagentur hat die Frage, wie Umweltrisiken und -nutzen in der Bevölkerung verteilt sind und Gesundheitschancen mitbestimmen, bereits im Blick. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die verwundbarsten Menschen auch am stärksten von Umweltstressoren getroffen werden. Vermeidbare gesundheitliche Auswirkungen der Umweltbedingungen tragen damit zusätzlich zu Unterschieden im Gesundheitszustand bei. Diese Unterschiede sind der WHO (2019) zufolge in allen Staaten Europas zu beobachten, teil-

Top 10 der umweltbedingten Todesursachen



8,5 Mio. der 13,7 Mio. umweltbedingten Todesfälle sind auf nicht übertragbare Krankheiten zurückzuführen. Quelle: WHO



20 Millionen

So viele gesunde Lebensjahre gehen in der EU-28 durch umweltbedingte Krankheiten verloren.

weise nehmen sie im Zeitverlauf sogar zu. So gibt es beispielsweise bereits erste Untersuchungen, dass verschmutzte Luft und Armut die Auswirkungen der COVID-Erkrankung verstärken können. In vielen Ländern verhindert aber die unzureichende Datenlage eine umfassende Beurteilung der Situation. Auch hier sind daher Maßnahmen zu ergreifen, um vermeidbare Ungleichheiten im Gesundheitszustand zu reduzieren.

Auch der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen muss zukünftig stärker berücksichtigt werden, um sie vor negativen Auswirkungen bei der Produktion zu schützen. So erkrankten jährlich schätzungsweise rund 100.000 Arbeitnehmer*innen an arbeitsbedingtem Krebs. Angesichts dieser brisanten Zahlen muss das Tempo bei der Einführung neuer Grenzwerte dringend erhöht werden. Weiters sollte die EU-Gesetzgebung rascher als bisher an internationale WHO-Standards angepasst werden.

Insgesamt soll die europäische Wirtschaft bis 2050 nachhaltiger und umweltfreundlicher werden. Allerdings werden aber auch viele Ressourcen außerhalb der EU gebraucht, unter anderem Edelmetalle wie Nickel und Kobalt für die E-Mobilität oder Landflächen für den Anbau von Lebens- und Futtermitteln. Es besteht dabei nicht nur die Gefahr, dass Europa seine Umweltbelastungen in andere Länder auslagert. Vielfach ist die Produktion anderswo auch mit wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden, was wiederum negative Auswirkungen auf die Gesundheit der betroffenen Arbeitnehmer*innen hat. Um dies zu verhindern, fordern Gewerkschaften, Arbeiterkammer und Umweltorganisationen eine stärkere Unternehmensverantwortung über die gesamte Lieferkette ein. Werden die vom Menschen verursachten globalen Umweltveränderungen durch strengere Umweltgesetze und nachhaltigeren Konsum reduziert, könnte das Risiko für neue Pandemien verringert, die Umwelt geschützt und die Gesundheit von uns allen verbessert werden. □



Foto: EML-AK Wien

Österreichische Gesundheitsziele

Gesundheitsziel 4 (Umwelt)

In Österreich wurden in den letzten zehn Jahren in einem breiten partizipativen Prozess mit Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik, Interessenvertretungen und Zivilgesellschaft zehn sogenannte Gesundheitsziele entwickelt. Sie bilden bis 2032 den Rahmen für eine insgesamt gesundheitsförderliche Politik, also in allen Politikfeldern auch abseits des traditionellen Gesundheitswesens. Die Strategie soll dazu beitragen, dass die gesunden Lebensjahre steigen und gleichzeitig den Kostenanstieg in der Gesundheitsversorgung einbremsen. Die Arbeitsgruppe zum Themenfeld Umwelt und Gesundheit (Gesundheitsziel 4) hat ab Jänner 2017 in einem eineinhalbjährigen Prozess konkrete Wirkungsziele erarbeitet sowie Indikatoren und Maßnahmen vereinbart.

Die Wirkungsziele lauten:

1. Die Grundlagen für ein gesundes Leben erhalten und stärken, indem mit Ressourcen und mit der Gestaltung des Lebensraumes ver-

antwortungsvoll und nachhaltig umgegangen wird.

2. Umweltbelastungen mit potenziellen Auswirkungen auf die Gesundheit vermeiden, identifizieren, beobachten und, wenn möglich, reduzieren.

3. Bewusstsein über den Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit bei Bevölkerung und Entscheidungsträger*innen fördern/stärken und Umweltgerechtigkeit bestmöglich sicherstellen.

Daneben wurden mit der Feinstaubbelastung und der subjektiven Lärmbelastung schon vorab zwei Indikatoren definiert, die den Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit möglichst gut abbilden können. □

Luft, Wasser, Boden und alle Lebensräume für künftige Generationen sichern – Bericht der Arbeitsgruppe zum Gesundheitsziel 4

Ein Lieferkettengesetz für Gesundheit und Umweltschutz

Wie Menschenrechte, Gesundheit und Umwelt eng zusammenhängen und ein Lieferkettengesetz wesentlich dazu beitragen kann, die Welt zu verbessern.

VON MIRIAM BAGHDADY UND ISABELLE OURNY

Kurzgefasst

Zwar werden Pestizide aufgrund ihrer Gesundheitsrisiken in der EU verboten, sie dürfen aber dennoch in Länder des globalen Südens exportiert werden.

Dort werden sie in der Landwirtschaft meist ohne jegliche Schutzkonzepte eingesetzt und gefährden damit die Gesundheit der Mitarbeiter*innen. Mit einem Lieferkettengesetz könnte sich dieser Missstand bald ändern.

Dem Schutz vor Gesundheits- und Sicherheitsrisiken bei der Arbeit wird in der Europäischen Union ein äußerst hoher Stellenwert eingeräumt. In den letzten Jahrzehnten nahm die EU bei der Festlegung hoher Standards für Arbeitnehmer*innenschutz sogar eine weltweit führende Rolle ein. So werden zahlreiche, als toxisch oder krebserregende eingestufte Pestizide, verboten oder die Arbeit in der Umgebung derartiger Chemikalien und Wirkstoffe streng reguliert. Darauf abzielende Richtlinien werden laufend aktualisiert und an neue Erkenntnisse der Wissenschaft angepasst. Im Oktober 2020 verabschiedete die EU-Kommission eine neue Chemiestrategie für Nachhaltigkeit, mit dem Ziel, als Teil des europäischen Green Deals, die Chance zu nutzen eine grüne Wende in der Chemieindustrie anzutreiben.

Pestizide im Einsatz in der Landwirtschaft

Während innerhalb der EU derartige Bestimmungen sehr ernst durchgesetzt werden, werden Pestizide und Chemikalien wie z.B. Paramquat und Bromacil, die aufgrund ihrer gesundheits- und umweltschädigenden Wirkung

Mitarbeiter*innen werden während der Pestizideinsätze kaum geschützt. Wer sich beschwert, riskiert entlassen zu werden.

in der EU verboten wurden, in großen Mengen von europäischen Unternehmen in Länder des globalen Südens exportiert – 2018 waren es 80.000 Tonnen. Dort sollen sie für in der Landwirtschaft eingesetzt werden. In den meisten Fällen ohne jegliche Schutzkonzepte die Mitarbeiter*innen. Auch auf Palmölplantagen kommen diese Pestizide zum Einsatz. Auf die Gesundheit der Arbeiter*innen wird dabei kaum geachtet. Sie hantieren vielfach ohne Schutzbekleidung. Die Umwelt leidet aber nicht nur wegen der Pestizide, sondern auch weil riesige Flächen des

Regenwaldes gerodet werden, wie z.B. in Indonesien. Palmöl findet sich mittlerweile in fast allen Produkten, von Schokolade und Margarine bis Sonnencreme und Waschmittel.

Auch Bananen sind in Europa mehr als beliebt. Rund 6,5 Mio. Tonnen werden jährlich aus Lateinamerika in die EU eingeführt. Die Plantagen werden per Flugzeug aus der Luft oder direkt von Hand mit Pestiziden und Wirkstoffen besprüht. In vielen Fällen müssen Mitarbeiter*innen kurz nach dem Sprüheinsatz auf den Plantagen weiterarbeiten, in den schlimmsten Fällen dürfen sie die Plantagen während der Einsätze gar nicht verlassen. Wer sich beschwert, riskiert entlassen zu werden. Dies führt dazu, dass die Arbeitnehmer*innen, die aufgrund des hohen Preisdrucks ohnehin zu Hungerlöhnen und unter miserablen Bedingungen dort arbeiten müssen, außerdem ein hohes Risiko in Kauf nehmen an Krebs zu erkranken. Studien belegen außerdem, dass die im Bananenlandbau tätigen Menschen ein vielfach höheres Risiko haben Beschwerden des Magen-Darm-Traktes zu entwickeln. Nicht nur Mitarbeiter*innen sind betroffen, auch im Umfeld der Plantagen wird über eine hohe Rate an Behinderungen, Fehlgeburten und Krebsleiden geklagt. Die verwendeten Pestizide verursachen außerdem dramatische ökolo-



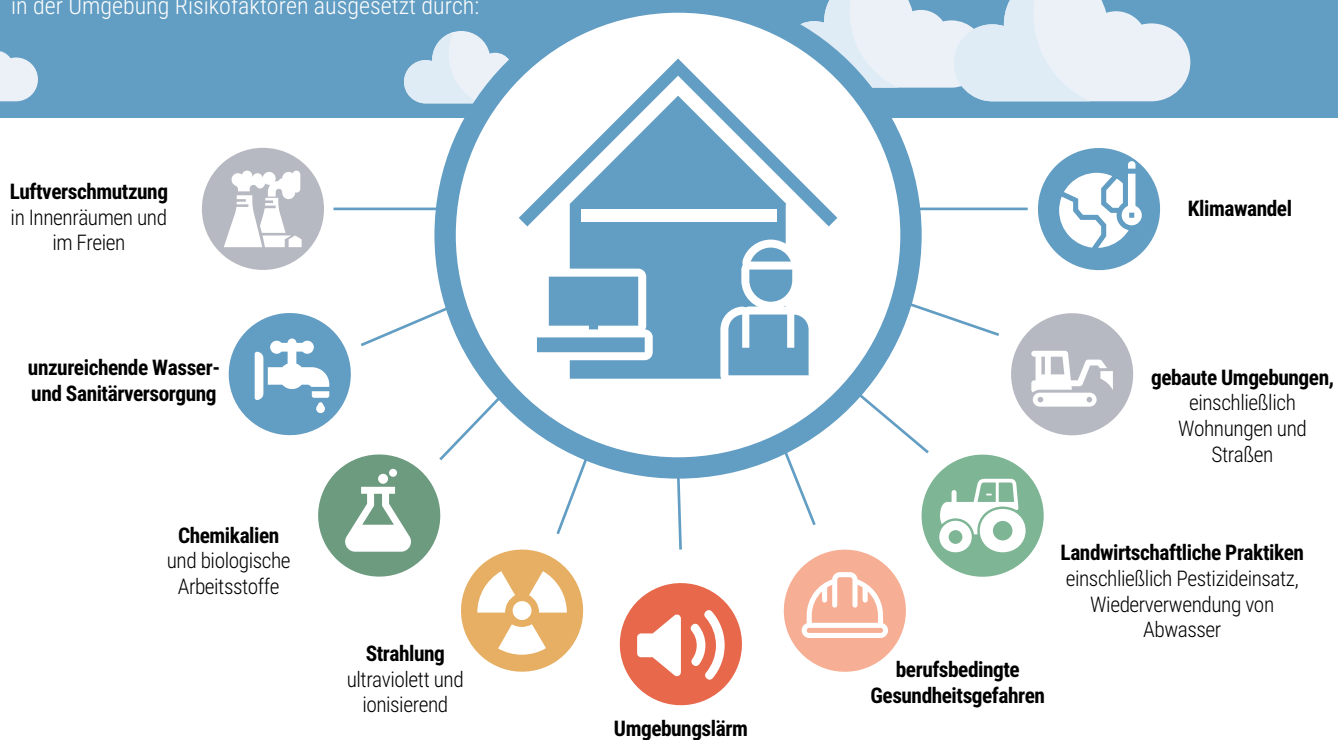
80.000 Tonnen

in der EU verbotene Pestizide wurden 2018 von europäischen Unternehmen exportiert.

Wie sich die Umwelt auf unsere Gesundheit auswirkt

Menschen sind in ihrem Zuhause, am Arbeitsplatz und in der Umgebung Risikofaktoren ausgesetzt durch:

Quelle: WHO



gische Auswirkungen. So finden sich Rückstände im Trinkwasser der umliegenden Gemeinden. Die gesundheitsgefährdenden Chemikalien vergiften Wasserorganismen und schädigen Erbgut sowie Ungeborene im Mutterleib. Die Trinkwasserversorgung kann aufgrund dessen dann oft nicht gewährleistet werden und die Versorgung per Tankwagen wird notwendig. Die ansässige Bevölkerung klagt in diesen Fällen häufig über die knappe Bemessung des Wassers, das nicht zum Baden, Waschen und Trinken ausreicht.

Profit auf dem Rücken der Arbeiter*innen

Der Profit, der durch den massiven Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden erzielt wird, kommt aber weder den Mitarbeiter*innen vor Ort noch den Plantagebetreiber*innen zugute. Die Produkte werden in Westeuropa günstig verkauft, die Lebensmittelunternehmen profitieren von den hohen Gewinnmargen, während der soziale und ökologische Schaden in den Anbauregionen außer Acht gelassen wird. Jegliche Bemühungen der Mitarbeiter*innen sich in Gewerkschaften zu organisieren, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, werden rasch zunichtegemacht. Führende Lebensmittelkonzerne beteuern zwar immer wieder, auf verantwortungsbewusste Herstellung zu achten, reden sich schlussendlich aber doch

auf die allgemeinen Marktmechanismen aus und unterschreiten teilweise sogar bereits vereinbarte Mindestpreise.

Beispiel Staudammprojekte

Neben dem Lebensmittelhandel kommt es auch bei Staudammprojekten, an denen europäische Unternehmen beteiligt sind, zu Menschenrechtsverletzungen und zur Schädigung der Umwelt. Politik und Wirtschaft versprechen bessere Lebensbedingungen und wirtschaftliches Wachstum. Die Interessen der dort ansässigen Bevölkerung werden aber in den seltensten Fällen berücksichtigt. Während in Europa umfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen vor derartigen Großprojekten stattfinden, werden irreversible Umweltschäden in anderen Ländern häufig in Kauf genommen. Tier- und Pflanzenspezies werden teils vollständig ausgerottet, Sümpfe und Wälder überflutet und eine Vielzahl von Menschen entgegen ihren Willen umgesiedelt. Immer wieder kommt es zu verheerenden Unfällen, die zahlreiche Opfer fordern und schwerwiegende Verletzungen verursachen. Entschädigungsforderungen von Angehörigen münden dann oft in jahrzehntelange Rechtsstreitigkeiten. Die Auswirkungen ▷

Soziale und ökologische Kosten übersteigen vielfach den Nutzen von Staudammprojekten.

auf die Umwelt sind in den meisten Fällen unumkehrbar, z.B. wird die Biodiversität der Gewässer nachhaltig gefährdet. Umweltschutzorganisationen warnen seit Jahren vor dem Aussterben von Süßwasserfischen. Die Artenvielfalt in Flüssen und Seen nimmt demnach doppelt so schnell ab, wie jene in den Meeren oder Wäldern. Staudämme und Verschmutzung durch Industrie und Landwirtschaft zählen zu den Hauptursachen.

Europäische Wohlfahrtsgewinne basieren auch auf Exporten, die für den Bau und die Planung derartiger Staudämme unverzichtbar sind. Während soziale und ökologische Auswirkungen deutlich aufgezeigt werden können, ist der ökonomische Nutzen häufig umstritten. Die Kosten für derartige Megaprojekte schnellen rasch in die Höhe, der Erfolg der Projekte ist dabei oft von recht kurzen Regenzeiten abhängig und erreicht in vielen Fällen nicht den versprochenen Nutzen. Klimaprognosen, die künftig mehr Trockenzeiten voraussagen, werden kaum berücksichtigt, was letztlich dazu führt, dass die versprochene Strommenge nie erzeugt wird. Die sozialen und ökologischen Kosten übersteigen folglich vielfach den Nutzen solcher Projekte. Tiefgreifende, insbesondere aber verpflichtende Sorgfaltspflichten könnten zu mehr Sicherheit beim Bau und ordnungsgemäßen Erhalt der Staudämme beitragen und zur Berücksichtigung von sozialen und Umweltaspekten führen. Profit und Wachstum dürfen nicht zu Lasten von Menschenrechtsverletzungen und unumkehrbaren Schäden der Umwelt in Kauf genommen werden. Ein umfassendes Lieferkettengesetz könnte Abhilfe schaffen.

Bekanntnisse und unverbindliche Instrumente reichen auch in Österreich nicht aus.



Miriam Baghdady ist Fachexpertin im Volkswirtschaftlichen Referat beim ÖGB und dort unter anderem zuständig für Industrie- und Forschungs- politik, Verteilungsfragen und das Lieferkettengesetz.

Foto: privat



Isabelle Ourny ist internationale Sekretärin im ÖGB und dort unter anderem zuständig für die ILO-Agenden und das Lieferkettengesetz sowie für die Anwendung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Foto: privat

Europäische Wohlfahrtsgewinne basieren auch auf Exporten, die für den Bau und die Planung derartiger Staudämme unverzichtbar sind. Während soziale und ökologische Auswirkungen deutlich aufgezeigt werden können, ist der ökonomische Nutzen häufig umstritten. Die Kosten für derartige Megaprojekte schnellen rasch in die Höhe, der Erfolg der Projekte ist dabei oft von recht kurzen Regenzeiten abhängig und erreicht in vielen Fällen nicht den versprochenen Nutzen. Klimaprognosen, die künftig mehr Trockenzeiten voraussagen, werden kaum berücksichtigt, was letztlich dazu führt, dass die versprochene Strommenge nie erzeugt wird. Die sozialen und ökologischen Kosten übersteigen folglich vielfach den Nutzen solcher Projekte. Tiefgreifende, insbesondere aber verpflichtende Sorgfaltspflichten könnten zu mehr Sicherheit beim Bau und ordnungsgemäßen Erhalt der Staudämme beitragen und zur Berücksichtigung von sozialen und Umweltaspekten führen. Profit und Wachstum dürfen nicht zu Lasten von Menschenrechtsverletzungen und unumkehrbaren Schäden der Umwelt in Kauf genommen werden. Ein umfassendes Lieferkettengesetz könnte Abhilfe schaffen.

Lieferkettengesetz

Seit einigen Jahren gibt es zwar generelle Bestrebungen und Leitlinien, die Unternehmen dazu anhalten Sorgfaltspflichten entlang ihrer Lieferkette zu verankern. Diese haben sich aber nicht als besonders effektiv erwiesen.



145.000 Menschen

haben bereits ihre Stimme für ein europaweites Lieferkettengesetz erhoben.



2021

legt die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf für ein Lieferkettengesetz vor.

Auf EU-Ebene soll 2021 deshalb ein Vorschlag für eine EU-Rechtsvorschrift zu verbindlichen unternehmerischen Sorgfaltspflichten für Menschenrechte und Umwelt entlang der Lieferketten vorgelegt werden. Ein öffentlicher Konsultationsprozess hat bereits stattgefunden: Arbeiterkammer, ÖGB, EGB und weitere Organisationen aus dem Menschenrechts- und Umweltbereich haben daraufhin eine Kampagne gestartet, um EU-Bürger*innen zu animieren, an der EU-Konsultation teilzunehmen – mit Erfolg. Über 145.000 Menschen haben ihre Stimme für ein europaweites Lieferkettengesetz erhoben (<https://www.enforcinghumanrights-due-diligence.eu/de>). Mit dem Ende der Konsultation, wurde die Kampagne auch abgeschlossen. Nun muss die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag liefern.

Lage in den EU-Mitgliedstaaten

Frankreich hat ein solches Gesetz bereits 2017 verabschiedet. In Deutschland liegt seit kurzem ein Gesetzesvorschlag vor und soll demnächst verabschiedet werden. Und in Österreich? Im Regierungsprogramm steht zwar das Bekenntnis zur Stärkung der unternehmerischen Verantwortung für Menschenrechte im Sinne der OECD-Leitsätze – aber keine klare Vorgangsweise. Der Fokus bleibt auf unverbindlichen Instrumenten. Dagegen kämpfen Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft in Österreich seit vielen Jahren. Es braucht verbindliche Regeln. Zu diesem Zweck wurde das Bündnis „Treaty Alliance Österreich“ gegründet, das im Oktober 2020 die Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“ gestartet hat (Mehr Infos unter: www.menschenrechtebrau-chengesetze.at). Zahlreiche Organisationen, darunter Arbeiterkammer, ÖGB und viele NGOs unterstützen die Kampagne für verbindliche Regeln der Unternehmensverantwortung, damit Kinderarbeit, Zwangsarbeit, die Verfolgung von Gewerkschafter*innen sowie die Gefährdung der Gesundheit und Zerstörung der Umwelt entlang der Lieferketten beendet werden. □

Traiskirchen denkt global und handelt lokal

Die Stadt Traiskirchen möchte bis 2030 klimaneutral sein und geht einen eigenständigen Weg. **Bürgermeister Andreas Babler** erklärt im Interview mit welchen Mitteln er für eine nachhaltige Zukunft kämpft.

Traiskirchen hat als erste Stadt in Österreich den Klimanotstand ausgerufen. Was hat sich dadurch geändert? Mit dem Expert*innenbüro vom Austrian Institute of Technology – AIT haben wir ein umfassendes Klimaschutzkonzept entwickelt. Die eigens geschaffene Abteilung „Energie, Ökologie und nachhaltige Stadtentwicklung“ der Stadt beschäftigt sich ausschließlich mit allen dazu gehörenden Themen. Gemeinsam wird an einer klimafreundlichen und nachhaltigen Entwicklung Traiskirchens gearbeitet. Unser Ziel ist es, bis 2030 eine Netto-Null-Emissionsstadt zu sein. Bei öffentlichen Bauten schränken wir z.B. Beton, dessen Produktion für 10 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, extrem ein. Außerdem schreiben wir auf Freiflächen Photovoltaik vor und setzen Maßnahmen gegen Bodenversiegelung. Wir möchten im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDGs) mehrere Ziele umsetzen und zu einer Musterstadt werden.

Welche Maßnahmen setzen Sie konkret für mehr Lebensqualität? Unser Hauptaugenmerk liegt auf der ökologischen Neuausrichtung der Raumplanung und der strategischen Grünraumbewirtschaftung. Die Durchgrünung soll das Klima in der Stadt verbessern, mehr Biodiversität bringen und die Gesundheit der Bevölkerung fördern. Um mehr Menschen zum Umstieg vom Auto aufs Rad zu bewegen, wurde eine Förderung für Lasten- und Klappfahrräder eingeführt. Eine Studie für mehr grüne Mobilität wird gerade durchgeführt und auch das City-Taxi stützen wir finanziell.

Bgm. Andreas Babler stammt aus einer Arbeiterfamilie und ist seit 2014 SPÖ-Bürgermeister der 20.000-Einwohnerstadt Traiskirchen (NÖ).



Bgm. Andreas Babler (links), hier mit Ziegenhirte Pedru Pop plant für 2030 die Klimaneutralität.

„Die Zeit des Wartens ist vorbei, weil es um nichts weniger als das Überleben unserer Kinder und Enkel auf diesem Planeten geht.“

Gibt es in Ihrer Stadt auch Ansätze, Umweltmaßnahmen und soziale Anliegen zu verbinden? Der Verein Garten der Begegnung betreibt seit einigen Jahren ein ökosoziales Landwirtschaftsprojekt auf einer von der Stadt zur Verfügung gestellten Fläche von 1 Hektar. Hier bauen Bürger*innen gemeinsam mit Menschen aus der Erstaufnahmestelle für Asylwerber*innen ökologisch Obst und Gemüse an. Der Garten fungiert als Begegnungsort für Menschen aller Altersgruppen und aller Herkunft. Die Ernte gibt es dann beim Wochenmarkt direkt am Feld zu erstehen und sie wird auch an den Sozialmarkt, den „guten Laden“ weitergegeben.

Wie animieren Sie die Bevölkerung zur Klimaneutralität beizutragen und welche Maßnahmen kommen besonders gut an? Grundsätzlich nehmen die Bewohner*innen unsere Vorhaben gut an. Das Projektteam der Stadtgemeinde eruiert im Rahmen einer Befragung laufend die Wünsche und Ideen der Bevölkerung. Wir haben Anfang des Jahres eine Klimaschutz-Umfrage in der Bevölkerung durchgeführt. Viel Zuspruch erhält die geplante Schaffung von Grün- und Erholungsflächen. Mir ist es sehr wichtig, die Eigenverantwortung jedes Einzelnen bewusst zu machen. Das Verschieben von Verantwortung und Initiative von einer auf die andere Ebene (von Gemeinde auf Land, Bund, EU usw.) soll für immer Vergangenheit werden. Wenn wir nicht im Kleinen anfangen die Umwelt positiv zu gestalten, kann es auch im Großen nicht gelingen. □

So dient Umweltpolitik der Gesundheit

Eine belastete Umwelt schädigt unsere Gesundheit. Luftverschmutzung und Lärm sind erwiesenermaßen die größten umweltbedingten Risikofaktoren für unser Wohlbefinden. Deshalb muss die Umwelt in allen Politikbereichen mitgedacht werden. VON FRANZ GREIL UND WERNER HOCHREITER

Kurzgefasst

In Europa ist jeder achte Todesfall auf die Folgen von Umweltverschmutzung zurückzuführen. Luftverschmutzung und Lärm sind die größten Umweltrisiken für die menschliche Gesundheit. Die Folgen für Mensch und Gesellschaft werden aber immer noch verkannt, weil viele Ursachen zusammenwirken und die Verursachung nicht sichtbar ist.

Die Umweltpolitik in Europa hat in den letzten Jahren zweifellos Fortschritte gemacht. Standen früher rauchende Schloten sinnbildlich für einen prekären Umweltzustand, so sind viele Belastungen (z.B. Feinstaub) heute weniger greifbar. Trotzdem liefern anerkannte Bestandsaufnahmen erstaunliche Befunde. So ist in Europa jeder achte Todesfall auf die Folgen von Umwelt- und insbesondere auf Luftverschmutzung zurückzuführen. In Österreich sterben rund 7.300 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung bei Umgebungslärm sind dies rund 460 Menschen (Europäische Umweltagentur EUA). Umweltbelastungen sind für unsere Gesundheit ein größeres Risiko als allgemein angenommen wird.

Die Umwelt als Krankheitslast

Für die Berechnung der gesundheitlichen Auswirkungen wurden in den letzten Jahren Methoden entwickelt, die robuste Schätzungen über umweltbedingte Risikofaktoren und einen Vergleich zwischen Ländern und verschiedenen Umweltbelastungen erlauben. Ausgangspunkt war hier der „Global Burden of Disease“ der WHO, der Gesundheitsrisiken quantifizierte und

**„Die Luft, die Sie atmen, können Sie sich nicht aussuchen.“
Dr. Maria Neira, Direktorin für Gesundheitswissenschaften, Umwelt und Soziale Determinanten, Weltgesundheitsorganisation (WHO)**

später mit dem „Environmental Burden of Disease“ weiterentwickelt wurde. Maßeinheit für die Bevölkerungsgesundheit sind ersten die Lebensjahre, die Menschen verlieren, wenn sie vor Erreichen der statistischen Lebenserwartung versterben (Years of Life Lost due to premature mortality – YLL), und zweitens die Lebensjahre, die Menschen aufgrund von Erkrankungen mit eingeschränkter Gesundheit leben (Years Lived with Disability – YLD). Die Summe von YLLs und

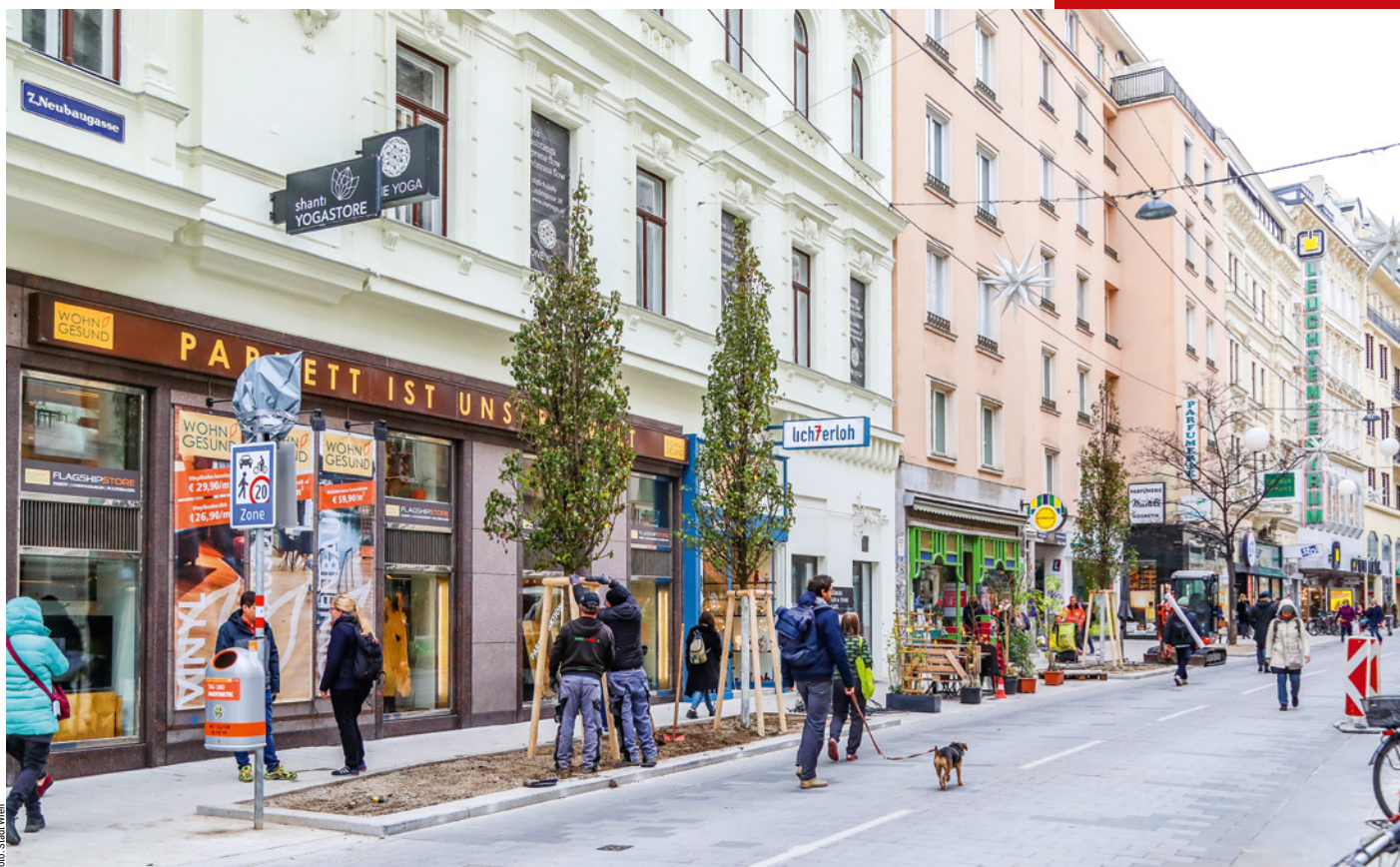
YLDs sind die sogenannten „verlorenen gesunden Lebensjahre“ (Disability-Adjusted Life Years oder auch Disease-Adjusted Life Years; DALYs), die alle pro Jahr angegeben werden.

Luftverschmutzung ist laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine anerkannte Ursache für Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen. Die internationale Krebsagentur (IARC) in Lyon hat 2013 Luftverschmutzung sogar als Krebsverursacher eingestuft. Der Kampf gegen Luftverschmutzung ist seit kurzem auch Bestandteil des EU-Aktionsplans gegen Krebs. Darüber hinaus werden erhöhte Luftschadstoffkonzentrationen immer mehr mit anderen Krankheiten (z.B. Diabetes, vermindertes Organwachstum usw.) in Zusammenhang gebracht.

Luft ist also ein „Lebensmittel“, ihre Verschmutzung hat daher negative Folgen für die Gesundheit und die Lebensqualität von Menschen. Kurzfristige Belastungsspitzen bei erhöhten Konzentrationen von Luftschadstoffen verschärfen bereits bestehende Krankheiten, lang andauernde Belastungen erhöhen das Risiko einer Erkrankung. Besonders betroffen von Luftverschmutzung sind Kinder, ältere Menschen und – v. a. in Schwellen- und Entwicklungsstaaten, aber auch Osteuropa – Menschen aus Haushalten mit einem niedrigen Einkommen.

Wie hält es die Politik mit gesunder Luft?

Der rechtsverbindliche Maßstab für eine gesunde Umgebungsluft in der EU ist eigentlich vor rund zwei Jahrzehnten gelegt und seitdem nur geringfügig (2008) geändert worden. Trotzdem haben bis heute fast zwei Drittel aller EU-Mitgliedsstaaten Schwierigkeiten mit der Einhaltung von Grenzwerten. Ursachen hierfür waren bei der Luftreinhaltung viel zu laxen Aufnahmemodalitäten für die Mitglieds-



Verkehrsberuhigte Zonen und Begegnungszonen vermindern Lärm- und Luftbelastung.

staaten im Zuge der EU-Erweiterung sowie unzureichende Emissionsvorschriften für einzelne Anwendungsbereiche.

Im Folge des Green Deals und des EU-Aktionsplans für eine schadstofffreie Umwelt will die EU-Kommission auch einen neuen Anlauf bei der Umgebungsluft bis 2022 versuchen. Im Fokus stehen dabei ein Heranführen der Grenzwerte an die Empfehlungen der WHO und ein strengeres Monitoring der Umgebungsluft, das ein effektiveres Handeln nach sich ziehen soll. Die EU hat hier vor allem bei Feinstaub (PM_{2,5}) im Vergleich zu den USA und Japan einen Nachholbedarf bei den Grenzwerten.

Die WHO-Leitlinien für die Luftqualität 2005 legen strenge Richtwerte für eine gesunde Luft fest, die sicherstellen, dass es bei einem einzelnen Schadstoff (vor allem Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon) zu keiner signifikanten Gesundheitsbelastung kommt. Noch in diesem Jahr sollen die neuen WHO-Leit-

linien vorgestellt werden. Voraussichtlich werden nicht nur neue Richtwerte, sondern auch erstmals „gute Praktiken“ beschlossen werden. Letztere sollen bei besonders gefährlichen Feinstaub-Fraktionen (z.B. Ultrafeine-Feinstaub-Partikel/UFP) prioritär von Behörden angewandt werden.

Das Monitoring für gesunde Umgebungsluft erfolgt derzeit im Wesentlichen über eine Anzahl von festen Messstationen. Die so gesammelten Wertesollen repräsentative Aussagen über die Luftqualität im gesamten Gebiet eines Mitgliedsstaat. Es ermöglichen und die Basis für behördliche Sanierungsmaßnahmen (z.B. Fahr- und Verwendungsverbote) bei Grenzwertüberschreitungen bilden. Leider erlaubt der rechtliche Interpretationsspielraum beim Standort von Messstationen eine Schönung der Ergebnisse. Wegweisend könnte hier ein EuGH-Urteil sein, das sinngemäß die Messung an dem Ort vorsieht, wo der schlechteste mögliche Luftzustand anzunehmen ist. Betroffene Bürger*innen können dies bei der Behörde überprüfen lassen.



Franz Greil ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.
Foto: Erwin Schuh



Werner Hochreiter ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.
Foto: Erwin Schuh

2 Mio. Menschen

wohnen in Österreich mit Straßenlärm über dem österreichischen Tag-Abend-Nacht-Schwellenwert.

Wenn Lärm den Schlaf raubt

„Übermäßiger Lärm bringt Millionen Europäer um den Schlaf“ titelten die Medien beim Bericht „Lärm in Europa 2020“ der EUA. Tatsächlich ▷



Foto: BM, AK Wien

Keine Impfung gegen Luftverschmutzung

Belastete Luft verstärkt COVID-19-Risiko

Zu COVID-19 gibt es viele Untersuchungen, die einen Zusammenhang der Luftverschmutzung mit dem Ausmaß der Pandemie aufzeigen. Menschen, die mit akuten oder chronischen Herzkrankheiten vorbelastet sind und in Gebieten mit erhöhten Luftschadstoffen leben, sind davon besonders betroffen.

SARS-CoV-2-Viren gelangen wie Feinstaub-Partikel über die Atmung in die Lunge und Blutgefäße und verursachen dort Reizungen bzw. Ablagerungen. Daher reagieren Menschen in Gebieten mit hoher Luftschadstoffbelastung statistisch empfindlicher auf eine Infektion mit SARS-CoV-2. Studien verschiedener Forschungsinstitute (z.B. Niederlande, Norditalien und China) zeigen eine starke Korrelation auf. Das Max Plank-Institut spricht sogar von 25 Prozent mehr an COVID-Erkrankungen in Gebieten mit erhöhten Feinstaub-Konzentrationen.

Feinstaub-Partikel können zwar über große Distanzen verfrachtet werden, eine COVID-Übertragung durch Viren,

die sich auf Partikeln einnistet, wird aber ausgeschlossen. Diese können schlicht in der Außenluft nur einige Stunden überleben.

Die Folgen der Pandemie haben zwar kurzfristig die verkehrsbedingte Belastung bei Stickstoffdioxid (NO₂) gesenkt. Beim noch gefährlicheren Feinstaub (PM₁₀) war die Minderung durch die Pandemie jedoch noch kleiner. Fest steht aber jetzt schon: Anders als bei COVID-19 bringt die Impfung bei Luftverschmutzung keine Besserung. Strukturelle Änderungen müssen her. □

Die Luftverschmutzung verschlimmert die Auswirkungen von COVID-19.

„Angesichts der neuen WHO-Lärm-Empfehlungen ... ist aus ärztlicher Sicht eine Anpassung der derzeitigen Grenzwerte an diese Ergebnisse im Sinne des Gesundheitsschutzes erforderlich“, sagt eine Studie im Auftrag des BMK.

wurde mit der strategischen Lärmkartierung ermittelt, dass in Europa geschätzte 113 Mio. Menschen einem Tag-Abend-Nachtlärmpegel von 55 dB oder mehr ausgesetzt sind. 22 Mio. sind von Lärm hoch belästigt und 6,5 Mio. in ihrem Schlaf hoch gestört. Ständiger Lärm ist jährlich für 48.000 neue Herzerkrankungen und 12.000 vorzeitige Todesfälle verantwortlich. Hauptquelle ist der Straßenverkehr. Eine kurzfristige Verbesserung der Situation ist nicht zu erwarten. In den nächsten zehn Jahren rechnet die EUA aufgrund des urbanen Wachstums und des gestiegenen Mobilitätsbedarfs mit einem Anstieg des Lärmpegels sowohl in städtischen wie auch in ländlichen Gebieten. Weitere Hauptquellen für die Lärmbelastung sind der Bahn- und Flugverkehr.

Lärm ist unerwünschter, störender, belästigender Schall. Ruheschutz und akustische Umgebungsqualität entscheiden über die Erholungsmöglichkeiten und Wohlfühlen beim Wohnen. Verkehrslärm ist laut der WHO in der EU nach der Luftverschmutzung das zweitgrößte Umweltproblem mit Auswirkungen auf die Gesundheit. Anders als die oben beschriebene Luftverschmutzung, die wir im Allgemeinen nicht riechen können, nehmen wir den Lärm sinnlich wahr. Deswegen stehen die „starke Belästigungswirkung“ (Highly Annoyed – HA) und die „starke Schlafstörung“ (Highly Sleep Disturbed – HSD) als unmittelbare Wirkungen im Vordergrund. Zu tatsächlichen Erkrankungen kommt es dann nach einer ausreichend langen Einwirkungszeit.

Lärmschutzpolitik „auf der Bremse“

Anders als bei Luftverschmutzungen hat die EU bisher keine konkreten Verkehrslärmgrenzwerte festgelegt. Die EU-Umgebungslärmrichtlinie aus 2002 (END) verpflichtet die Mitgliedstaaten nur dazu, Lärmkarten und Aktionspläne für hochrangige Verkehrsstrecken und Ballungsräume auszuarbeiten. Das hat zwar erstmals die objektive Lärmbelastung in Österreich sichtbar gemacht, was ein großer Fortschritt ist. Grenzwerte und Maßnahmen sind aber den Mitgliedstaaten überlassen. Österreich hat da bewiesen, dass man die Richtlinie

umsetzen kann, ohne in der praktischen Politik irgendetwas zu ändern. 2017 wohnten in Österreich in Summe fast 2 Mio. Menschen über dem österreichischen Tag-Abend-Nacht-Schwellenwert für Straßenlärm bzw. über 100.000 Menschen über dem Nacht-Schwellenwert für Schienenlärm. Dennoch sind die zugehörigen Aktionspläne nichtssagend geblieben (www.laerminfo.at).

Bewegung in die Fachdebatten haben aber die WHO Leitlinien für Umgebungslärm 2018 (www.euro.who.int) gebracht, die strengere Grenzwerte empfehlen als jetzt üblich. Im Kern zeigen sie das aktuelle Wissen zur Dosis-Wirkungsbeziehung zwischen Lärm und seinen Folgen. Neben der Belästigung und Schlafstörungen waren z.B. auch Herzerkrankungen, Bluthochdruck oder kognitive Entwicklungsstörungen von Kindern im Blick. Die empfohlenen Zumutbarkeitsgrenzen zeigen im Umkehrschluss, wie sehr Gesundheitswirkungen durch die in Österreich praktizierten Grenzwerte in Kauf genommen werden.

Was muss in Österreich getan werden?

Bei Lärm hat die EU-Kommission die END an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt angepasst. Hier ist Österreich gefordert. Die Mitgliedsstaaten müssen dann mit Hilfe der WHO-Leitlinien die Gesundheitswirkungen bewerten, was ab 1.1.2022 stattfinden soll. Bleibt zu hoffen, dass für Österreich diese Wirkungen nicht nur errechnet und dann schubladisiert werden. Insbesondere die veralteten Lärmgrenzwerte für Eisenbahn- und Fluglärm müssen dringend überarbeitet werden.

Bei der Luftreinhaltung steht Österreich im EU-Kontext nicht schlecht da. Spätestens im Jahr 2022 sollte es die Grenzwerte bei Stickstoffdioxid (NO₂) auch ohne vorübergehende Pandemie-Effekte erfüllen. Bei Feinstaub erfüllt Österreich ohnehin die EU-Grenzwerte seit geraumer Zeit und ist auf Tuchfühlung mit den derzeitigen WHO-Leitlinien. Schwere Defizite bestehen aber bei Ammoniak Emissionen, die fast ausschließlich in der Landwirtschaft verursacht werden und zur Bildung von Feinstaub führen. Weitere Verbesserungen bei der Umgebungsluft werden von der Ausgestaltung einer neuen EU-Richtlinie für Luftqualität abhängen.

Für Luft und Lärm gilt aber: Ohne zwingende EU-Vorgaben gibt es keine weiteren Minderungen bei Gesundheitsbeeinträchtigungen in Österreich. □

Die Forderungen der AK

Mehr tun für Umwelt- und Gesundheitsschutz

Effektivität statt Symbolpolitik: Maßnahmen müssen am Verursacherprinzip orientiert sein, wie bei der Zulassung von Chemikalien und Pestiziden oder bei Lärmgrenzwerten. Nur Transparenz und Kontrolle stellen eine gesunde Umweltpolitik sicher. Die öffentliche Hand muss Umweltvorschriften tatsächlich durchsetzen können und wieder auf Augenhöhe gegenüber der Wirtschaft agieren.

Weil das Umweltmusterland Österreich hier an seine Grenzen stößt: Nur strenge EU-Vorgaben bei uns und unseren Nachbarländern schaffen eine gesunde Umgebungsluft. Die Einhaltung der WHO-Empfehlungen kann 7.300 vorzeitige Todesfälle in Österreich durch Luftverschmutzung stark mindern.

Gegen Verkehrslärm muss viel mehr getan werden: Nationale Verkehrslärmpolitik muss endlich verbindlicher werden, vor allem in der Bestandsanierung und gegenüber der Raumordnung der Länder. Die WHO-Empfehlungen sollten auch im EU-Recht wirksamer verankert werden.

Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen stärker berücksichtigen: Es braucht strengere Grenzwerte um Arbeitnehmer*innen vor arbeitsbedingten Krankheiten zu schützen. Es darf

nicht sein, dass jährlich rund 100.000 Arbeitnehmer*innen an arbeitsbedingtem Krebs erkranken.

Umweltpolitik ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für Wohlbefinden und Gesundheit: Die Pandemie zeigt, wie wichtig der Zugang zu Grünflächen und zur Natur ist. Ein Grundrecht auf einen besseren Zugang zur Natur muss in Österreich endlich gut verankert werden.

Weil eine ungesunde Umwelt sozial Schwächere tendenziell stärker trifft: Neben empirischer Evidenz zu umweltbezogener Ungleichheit bedarf es auch einer politischen Diskussion zu Umweltgerechtigkeit in Europa. Vermeidbare Ungleichheiten im Gesundheitszustand müssen durch geeignete Maßnahmen reduziert werden.

Gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstöße entlang der globalen Lieferkette vorgehen: Kinderarbeit, Gesundheitsgefährdung von Arbeitnehmer*innen sowie Umweltzerstörung stehen bei der Produktion vieler Güter des täglichen Lebens immer noch an der Tagesordnung. Es müssen daher verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette geschaffen werden. □

Foto: Martin Flaix



Kurzgefasst

2010 entscheidet der multinationale Konzern Unilever, einen seiner französischen Standorte, eine Teefabrik mit 182 Mitarbeiter*innen, aufzulassen. Kurzerhand besetzten die Arbeiter*innen die Fabrik, streiken gegen den Beschluss und gewinnen einen 3,5-jährigen Rechtsstreit gegen Unilever. Seit 2014 führen sie die Teefabrik als selbstverwaltete Genossenschaft.

Teefabrik unter Selbstverwaltung

Seit 2014 produziert die französische Genossenschaft SCOP TI regionalen und biologischen Tee. Im Zentrum der Unternehmensführung stehen Selbstverwaltung, Autonomie, demokratische Entscheidungsfindung und Solidarität – kurz: ein alternatives Wirtschaftsmodell. VON MICHAELA NEUMANN

Die Auslagerungen von Produktion in Billiglohnländer und die damit verbundenen Schließungen nationaler Produktionsstätten machen auch vor Österreich nicht halt. Im Sommer 2020 wurde die Schließung des ATB-Motorenwerkes in Spielberg bekannt gegeben. Beim MAN-Werk in Steyr bangt die Belegschaft um einen neuen Investor. Mit der

Auflassung ihres Standortes sahen sich auch die Arbeiter*innen einer französischen Teefabrik in Gémenos konfrontiert. Die Fabrik gehörte ursprünglich zum multinationalen Konzern Unilever. Dieser gab 2010 bekannt, die Produktion aus Kostengründen nach Polen zu verlagern. Das Angebot einer Relokalisierung und Arbeitsplätze am polnischen Standort lehnten die 182 Mitarbeiter*innen ab – sie wollten ihre Arbeitsplätze und ihre Fabrik behalten.

„Als sie 2010 die Schließung ankündigten, war unsere erste Reaktion: Das ist unfair, wir wissen, dass die Fabrik rentabel ist.“ (Genossenschaftsmitglied)

Die Auslagerungen von Produktion in Billiglohnländer und die damit verbundenen Schließungen nationaler Produktionsstätten machen auch vor Österreich nicht halt. Im Sommer 2020 wurde die Schließung des ATB-Motorenwerkes in Spielberg bekannt gegeben. Beim MAN-Werk in Steyr bangt die Belegschaft um einen neuen Investor. Mit der

Um Druck auf Unilever auszuüben, besetzten die Arbeiter*innen die Fabrik. Es folgte ein 3,5-jähriger Rechtsstreit gegen Unilever, der vor allem durch eine breite Solidaritätskampagne der Öffentlichkeit, von Gewerkschaften und Politiker*innen getragen wurde.

Arbeitskampf und Autonomie

Während des Verfahrens, das von 2010 bis 2014 (insgesamt 1336 Tage) dauerte, wurden Unilevers Pläne zur Schließung der Fabrik mehrfach vom französischen Justizministerium für nicht rechtmäßig erklärt und die Sozialpläne als unzureichend beurteilt. Im Mai 2014 einigten sich Unilever und die Arbeiter*innen schließlich auf eine Abfindung von 20 Mio. Euro. Außerdem überließ Unilever den Arbeiter*innen die Fabrik, damit diese die Teeproduktion in einem von ihnen geführten Unternehmen wiederaufnehmen können.

Im August 2014 gründeten 58 verbleibende Arbeiter*innen die Genossenschaft SCOP TI, Société Coopérative Ouvrière Provençale de Thés et Infusions. Zentrale Werte ihrer Unternehmensführung sind Autonomie und Selbstverwaltung, Demokratie, Solidarität mit der globalen Arbeiter*innenbewegung und anderen antikapitalistischen Unternehmen, sowie ein Bewusstsein für die Auswirkungen der Fabrik auf die Umwelt. Die Produktion wurde neu ausgerichtet und heute wird in der Fabrik unter zwei eigenen Marken regionaler und biologischer Tee hergestellt. Außerdem legt SCOP TI Wert darauf, den Handel mit anderen Genossenschaften und kleinen und unabhängigen Vertriebspartner*innen zu stärken.

Alltag bei SCOP TI

Seit der Zeit unter Unilever eint die Genossenschaftsmitglieder ihre Ablehnung von Hierarchien. Als gleichberechtigter Teil der Genossenschaft übernimmt jedes Mitglied Verantwortung und trifft Entscheidungen über seine Arbeit und die Produktion der Fabrik. Die Teilhabe an gestalterischen Prozessen, sowie die dadurch entstehende Autonomie, Entscheidungen über ihr Arbeitsleben zu treffen, bewirkte eine tiefgreifende Veränderung im Selbstverständnis der Arbeiter*innen. Heute nehmen sie ihre Tätigkeit und ihre Rolle in der Fabrik als sinnstiftend wahr. Ein Teil der Arbeiter*innen absolvierte Umschulungen und übernahm neue Tätigkeitsbereiche. Jene, die weiterhin in ihren ursprünglichen Bereichen arbeiten, rotieren heute ihre Positionen. Insbesondere schätzen die Genossenschaftsmitglieder ihr von solidarischen Beziehungen geprägtes Arbeitsklima, in dem sie sich stets um Kollegialität, Toleranz und Transparenz bemühen.

Veränderungen lassen sich jedoch nicht nur auf individueller, sondern auch auf kollektiver Ebene feststellen. Die Arbeiter*innen verstehen ihre Erwerbstätigkeit heute nicht mehr als bloßes Mittel zur Einkommenssicherung. Sie sehen sich als Teil von etwas Größerem: einer globalen Bewegung, die wirtschaftliche Alternativen aufzeigt und Unternehmen führt, die im Kontrast zu kapitalistischen Firmen stehen. Wo Menschen miteinander arbeiten, gibt es auch viele Berührungspunkte. Außerdem ermög-

90.000 EUR

die Höhe der von Unilever angebotenen Abfindung pro Arbeiter*in. Die Arbeiter*innen lehnten einstimmig ab.



1336

So viele Tage dauerte die Besetzung der Fabrik. Heute trägt SCOP TI's eigene Teemärke den Namen „1336“.

licht es ihnen, langfristigen Zielen eine höhere Priorität beizumessen als individuellen und kurzfristigen Interessen. Zentral hierfür sind die demokratischen Entscheidungsprozesse. Während ein gewählter und rotierender Vorstand für den täglichen Betrieb verantwortlich ist, werden für richtungsweisende Entscheidungen Generalversammlungen einberufen. Bei diesen ist Raum für Diskussion und alle Mitglieder stimmen über die weitere Vorgehensweise ab. Die Transparenz im Unternehmen wird außerdem durch die räumliche Neuorganisation gefördert. Heute befinden sich alle Abteilungen in einem Fabriksgebäude, so dass es zum täglichen Austausch unterschiedlicher Arbeiter*innen kommt.

Herausforderungen und Potenziale

Trotz dieser bedeutsamen Errungenschaften gilt auch für SCOP TI: Wo Menschen miteinander arbeiten, gibt es auch viele Reibungspunkte. Interne Konflikte entstehen, weil es den Genossenschaftsmitgliedern nicht immer gelingt, ihre Werte in die Praxis umzusetzen. Frust entsteht insbesondere, weil die Partizipation der Arbeiter*innen sinkt, wobei einige sich trotz institutionalisierter Entscheidungsfindungsprozesse nicht gehört fühlen. Außerdem ist die Genossenschaft damit konfrontiert, ihren Werten trotz der Anforderungen des kapitalistischen Marktes und der andauernden finanziell prekären Situation treu zu bleiben.

Obwohl sich die Arbeiter*innen dieser Spannungen bewusst sind, bleibt es eine Herausforderung, sie aufzulösen. Dass sie als Kollektiv über die Konflikte reflektieren und diese nicht bloß als Schwäche des Unternehmens, sondern als Stärke und treibende Kraft für Veränderung bewerten, eröffnet ihnen Chancen zur Bewältigung. Trotz der Konflikte und der Herausforderung, eine wirtschaftliche Alternative innerhalb des kapitalistischen Marktes zu leben, bietet SCOP TI Anknüpfungspunkte für die Umsetzung der Mitbestimmung von Arbeiter*innen und einer Just Transition innerhalb klimaschädlicher Industrien, auch in Österreich. □

„Dass wir an allen Entscheidungen beteiligt sind und mit allen Abteilungen zusammenarbeiten, ermöglicht es uns, als Menschen zu wachsen.“ (Genossenschaftsmitglied)



Michaela Neumann

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Wirtschaftsuniversität Wien. Zuvor schloss sie ihr Masterstudium im Fach Socio-Ecological Economics and Policy ab, in welchem sie alternative Organisationen von Arbeit erforschte, ab.

Foto: Philipp Gnan/privat

Mehr Schadstoffkontrolle bei Alltagsprodukten

Der Umsatz der Chemiebranche wird sich bis 2030 beinahe verdoppeln. Um zu verhindern, dass damit eine noch größere Belastung von Mensch und Umwelt einhergeht, muss die Produktion und Verwendung von bedenklichen Chemikalien, u.a. in Konsumprodukten, minimiert werden. VON SUSANNE STARK



Susanne Stark ist Chemikerin und seit 2009 im Verein für Konsumenteninformation (VKI) für das Österreichische Umweltzeichen und das EU Ecolabel tätig.

Foto: VKI

Die App Scan4Chem wurde im Rahmen des Projektes Ask REACH entwickelt, das vom EU LIFE Programm gefördert wird.

Die Klimakatastrophe wird uns durch schwindende Lebensräume von Eisbären, Abholzung von Regenwäldern und die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten vor Augen geführt. Unsichtbare Bedrohungen, die hinzu kommen, sind jedoch weit gefährlicher, als uns bewusst ist. Beispielsweise langlebige Umweltgifte, die sich, einmal freigesetzt, weltweit verbreiten. In Biomonitoring-Projekten wird schon seit Jahren nachgewiesen, dass auch im Gewebe und im Blut der europäischen Bevölkerung nicht unbeträchtliche Mengen an gefährlichen Chemikalien, wie Phthalat-Weichmacher, Blei und andere giftige Metalle oder Flammschutzmittel vorhanden sind. Woher diese

Chemikalien stammen? Unter anderem sind sie in Konsumprodukten, wie Schuhen, Textilien, Möbeln, Geschirr, Sportartikeln, Elektronik, aber auch in Kinderspielzeug enthalten. Dies belegen Tests, die von

Verbraucher- und Umweltorganisationen, sowohl national als auch europaweit, regelmäßig durchgeführt werden.

Zu viele Schadstoffe enthalten

Kinder sind besonders durch Schadstoffe gefährdet, da sich ihr Organismus noch in Entwicklung befindet. Zugleich kommen sie unmittelbarer in Kontakt mit bedenklichen Chemikalien. Studien des Umweltbundesamtes zeigen, dass in Österreich beispielsweise die Belastung durch Phthalate bei Kindern wesentlich höher als bei Erwachsenen ist, da sie diese vermehrt aus Spielzeug, Hausstaub oder Fußbodenbelägen aufnehmen.

Die Aufnahme und Verbreitung schädlicher Chemikalien wird mit den steigenden Krebsfällen, der sinkenden Fruchtbarkeit, und weiterer gesundheit-

licher Probleme und Schäden in der Umwelt in Verbindung gebracht.

Kann das denn legal sein?

Leider ja. Über 120.000 Chemikalien befinden sich in der EU auf dem Markt. Darunter gibt es einige, die aufgrund ihrer Eigenschaften langfristige und irreversible Schäden für die menschliche Gesundheit oder Umwelt verursachen können. Gemäß REACH, der europäischen Chemikalienverordnung, werden solche Chemikalien als besonders besorgniserregend identifiziert und auf der sogenannten Kandidatenliste gesammelt. Im Englischen wird für diese Gruppe auch die Abkürzung SVHC für „Substances of Very High Concern“ verwendet. Die Liste der SVHCs enthält zurzeit 211 Stoffe und Stoffgruppen, sie wird halbjährlich aktualisiert und erweitert. Diese Chemikalien sind Kandidaten für die Aufnahme in das Verzeichnis der zulassungspflichtigen Stoffe, das zurzeit 54 Stoffe bzw. Stoffgruppen enthält. Chemikalien auf dieser Liste dürfen nur dann in der Produktion eingesetzt werden, wenn es dafür eine Zulassung gibt. Einige der besonders besorgniserregenden Chemikalien sind in Konsumprodukten verboten oder dürfen nur in geringen Mengen enthalten sein, für einen Großteil gilt das aber nicht.

Was kann man dagegen unternehmen?

Konsument*innen haben laut REACH das Recht zu erfahren, ob besonders besorgniserregende Chemikalien zu über 0,1 Prozent in einem Erzeugnis enthalten sind – allerdings nur auf Anfrage und nicht sofort, sondern innerhalb von 45 Tagen. Bei manchen Erzeugnissen ist Form, Oberfläche oder Gestalt für die Funktion ausschlaggebender als die chemische Zusammensetzung – die genannten Alltagsprodukte Spielzeug, Textilien, Elektronik etc.

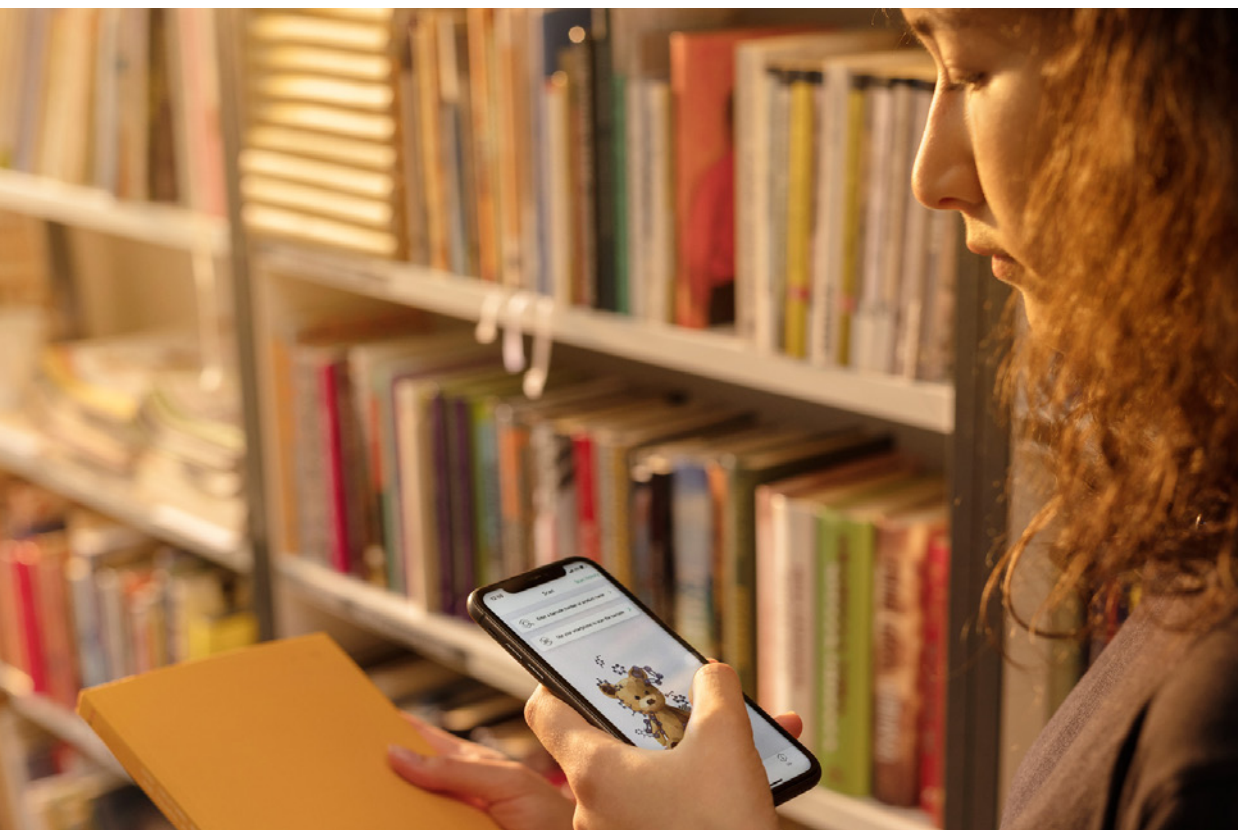


Foto: LIFE/ARBECH

Kurzgefasst

Textilien, Spielzeug und andere Alltagsprodukte können hormonell schädigende, besonders umweltschädliche oder ähnlich besorgniserregende Chemikalien enthalten. Der Gesetzgeber hat dazu lediglich ein Auskunftsrecht vorgesehen. Dieses mithilfe der App Scan4Chem für die Kaufentscheidung zu nutzen weist die Hersteller darauf hin, dass sie auf diese Chemikalien verzichten sollen.

zählen dazu. Davon werden in der Chemikaliengesetzgebung Chemikalien und Gemische unterschieden, wie etwa Wasch- und Reinigungsmittel oder auch Lacke. Auch Kosmetika oder Lebensmittel fallen nicht unter diese Regelung, aber ihre Verpackungen. Bei diesen Produkten gibt es größtenteils strengere Regeln für den Gehalt an gefährlichen Stoffen. So dürfen zum Beispiel eindeutig krebserzeugende Chemikalien in Gemischen für den privaten Gebrauch nur zu maximal 0,1 Prozent und in Kosmetika gar nicht enthalten sein. Bei Erzeugnissen wiederum gilt für viele krebserzeugende Stoffe nur das Auskunftsrecht. Die Ausgestaltung dieses Auskunftsrechts ist jedoch, wie oben beschrieben, ziemlich unpraktisch. Um Anfragen zu erleichtern, wurde im Zuge eines EU-Projekts von 20 Partnern aus 13 Ländern die Smartphone-App Scan4Chem entwickelt. In Österreich sind der Verein für Konsumenteninformation und Global 2000 beteiligt, unterstützt vom Umwelt- und Konsumentenschutzministerium. Für eine Anfrage nach SVHCs in einem konkreten Produkt sind die Produktbezeichnung und ein Foto über die Handycamera nötig. Mit diesen Angaben kann ein vorgefertigtes Email an den Hersteller und/oder Händler des Produktes gesandt werden. Wenn man ein Produkt in der Hand hat – im Geschäft oder zu Hause – so kann die App durch den Scan des Barcodes

in den meisten Fällen den Hersteller zuordnen. Damit ist der Adressat auch gleich bekannt, oder das Produkt in der Datenbank eindeutig auffindbar, sofern es bereits hinterlegt ist. Mithilfe dieser Anfragen wird eine europaweite Produktdatenbank aufgebaut. Auch Firmen werden im Zuge des Projektes unterstützt, ihrer Auskunftspflicht nachzukommen und können die Datenbank auch proaktiv mit den Informationen zu ihren Produkten füllen. So kann man in der App bereits zahlreiche Produkte der Firma Lego abrufen.

Der VKI liefert in diversen Blogs alle Details zu hormonell schädlichen Chemikalien. <https://blog.vki.at/>

Mit der Verwendung der App kann also zweierlei erreicht werden: sie hilft, eine informierte Kaufentscheidung zu treffen und besonders belastete Produkte zu meiden. Die Anfragen respektive die daraus generierte öffentlich einsehbare Datenbank erhöhen aber auch den Druck auf die Unternehmen, giftige Stoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen. □



Weitere Infos und App-Download:
<https://scan4chem.at/>

Verkehrspolitik sucht Wandel – Lehren aus Corona

Die Corona-Pandemie zeigt im Zeitraffer, wie Krisen bewältigt werden und wie rasch sich unser Mobilitätsverhalten den neuen Gegebenheiten anpasst. Daraus können wir Lehren für eine klimagerechte Mobilitätswende ziehen. VON THOMAS HADER & HEINZ HÖGELSBERGER



Thomas Hader ist Arbeitspsychologe und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Foto: Erwin Schuh

„Der Verkehr ist Grundlage unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Mobilität ist das Lebenselixier des Binnenmarkts und prägt die Lebensqualität der Bürger, die ihre Reisefreiheit genießen.“ Solche Aussagen aus dem EU-Weißbuch Verkehr von vor zehn Jahren klingen heute seltsam anachronistisch. Denn einerseits ist der Verkehrsbereich Europas Problemsektor Nr. 1 in Bezug auf Treibhausgasemissionen, aber auch bei manchen Luftschadstoffen. Andererseits werden bei Pendler*innen aus der viel gepriesenen Reisefreiheit rasch Mobilitätswänge. Die Corona-Pandemie hat unsere Mobilität nicht nur massiv eingeschränkt, sondern uns auch gezeigt, wie sehr wir von Luft abhängig sind, die wir bedenkenlos atmen können. Oder wie es EU-Vizepräsident Frans Timmermans ausgedrückt hat: „Die Coronavirus-Krise hat uns vor Augen geführt, wie verwundbar wir sind und wie wichtig es ist, das Gleichgewicht zwischen menschlichem Handeln und der Natur wiederherzustellen. Der Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt stellen eine eindeutige und greifbare Gefahr für die Menschheit dar.“ Daher geht die WHO auch davon aus, dass Corona nicht die letzte Pandemie gewesen sein wird.



Heinz Högelsberger ist Erdwissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Foto: Erwin Schuh

werden, zweitens müssen nachhaltige Alternativen in einem multimodalen Verkehrssystem allgemein verfügbar gemacht und drittens die richtigen Anreize geschaffen werden, um den Wandel zu beschleunigen.

Sind wir auf dem richtigen Weg?

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass wieder auf das Muster von „Innovation und Technik“ zurückgegriffen wird. Begriffe, wie „smarte Mobilität“ und „emissionsfreie Fahrzeuge“ werden in der Strategie achtzigmal genannt, das Verhalten der Menschen im Verkehrssystem dagegen nur an einer einzigen Stelle. Statt auch bei den anderen Stellgrößen – also Verkehrsvermeidung und Verlagerung – anzusetzen und beim Verkehr die Sinnfrage zu stellen, wird immer noch auf Effizienzsteigerungen beim Antrieb gesetzt. Dabei zeigt sich, dass in den letzten drei Jahrzehnten Effizienzgewinne den steigenden Energieverbrauch und damit die Emissionen des Verkehrs nicht eindämmen konnten. Der Techniksoziologe Felix Sühlmann-Faul meint dazu, dass wir die Technik zur Bewältigung der Herausforderungen bereits haben. Das Vertrösten auf die Technik von morgen sei nur der Versuch, den Status Quo beizubehalten. Die Beispiele aus der Vergangenheit geben ihm recht: Weder die Telematik, noch smarte multimodale Mobilitätsangebote haben Staus und Abgase reduziert. Statt dem vielfach angekündigten – und technisch möglichen – „Ein-Liter Auto“ boomt der Verkauf von SUVs weiter. Auf der anderen Seite gibt es emissionsfreie – weil elektrische – Eisenbahnen schon seit beinahe 140 Jahren.

Kurzgefasst

Der Verkehrssektor und seine Treibhausgasemissionen sind ein großer Stolperstein bei der Bewältigung der Klimakrise. Die Mobilitätswende – einerlei ob es um Güter- oder Personenverkehr geht – braucht eine umfassende verkehrspolitische Herangehensweise, die mehr ist als eine Diskussion über Technologien und Infrastrukturen.

Unser Mobilitätsverhalten ist also eng verknüpft mit lokalen und weltweiten Auswirkungen auf den Energie- und Rohstoffverbrauch, auf die Artenvielfalt und in weiterer Folge auch auf die Gesundheit der Menschen. Die EU versuchte dem mit der aktuell veröffentlichten „Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität“ gerecht zu werden. Schließlich müssen die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen bis 2050 auf ein Zehntel reduziert werden. Um dieses ehrgeizige – aber notwendige – Ziel zu erreichen, werden drei Säulen genannt: Erstens müssen alle Verkehrsträger nachhaltiger

Techniksoziologe Sühlmann-Faul: „Auf Innovationen zu warten ist im Grunde die Ausrede für die Beibehaltung des Status Quo“.



Foto: WienerLinien

Und die Ursprünge des Fahrrades gehen gar auf das Jahr 1817 zurück.

Corona – Krisenbewältigung im Zeitraffer

Mit Corona hat sich unser gesamtes Leben, unsere Verhaltensweisen und damit auch das Verkehrsaufkommen verändert (siehe Grafik S. 29). Die Luft war – nicht nur wegen der Verkehrsreduktion – so sauber und klar, wie schon lange nicht mehr. Im Sommer 2020 war der Flugverkehr weitgehend lahmgelegt, während sich die ÖBB bei ihren Nachtzügen über eine Auslastung von 90 Prozent freuten.

Das führt zur kollektiven Krisenbewältigung, die durch die Politik begleitet, gesteuert, abgefedert und koordiniert werden muss. Was beim Umgang mit dem Klimawandel in Jahrzehnten abläuft, passierte seit der Pandemie innerhalb weniger Wochen: Zuerst wird diskutiert, ob es überhaupt eine Krise gibt. Das ist eine typische Reaktion, wenn man aus der alltäglichen Routine gerissen wird und das eigene Verhalten verändern muss. Die Psychologie kennt solche Mechanismen sehr gut. Nach Ablehnung und Verleugnung kommt oft Wut oder Widerstand gegen notwendige Anpassungen. Schließlich werden Alternativen gesucht, diese ausprobiert und letzten Endes in den neuen Lebensalltag integriert.

Die Pandemie zeigt, wie wichtig es ist, dass wir konsistente Informationen bekommen und dass die Politik ein klares Ziel und klare Vorgaben kommuniziert. Tatsache ist darüber hinaus, dass wir Zahlen, Risiken und komplexere Zusammenhänge in der Regel nicht objektiv bewerten. Stattdessen fließt die Wahrnehmung der subjektiven Betroffenheit ein.

In der Bewältigung der Klimakrise sind ähnliche Muster zu beobachten. Auch wenn die überwiegende Mehrheit der Menschen von der Existenz des Klimawandels überzeugt ist, hat dies nicht zu einer Änderung unseres Mobilitätsverhaltens geführt.

Die Mobilitätswende

Grundlage einer echten Mobilitätswende, wäre Verkehrsvermeidung. Wenn wir tatsächlich nur kurze Wege zurücklegen müssen, können wir das weitgehend klimaneutral zu Fuß oder mit dem Rad tun. Um die CO₂-Reduktionsziele einzuhalten, wird es sicher nicht reichen, bei den Autos den Dieselmotor durch einen Elektromotor auszutauschen. Was Klimafreundlichkeit und Energieeffizienz – aber ▷

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian: „Wir schauen nicht zurück, sondern nach vorne. Außer Corona hat Österreich noch viele andere rasante Veränderungen zu bewältigen, von der Klimakrise bis hin zur Digitalisierung.“



Mobilitätsentscheidungen werden aus dem Bauch heraus getroffen und laufen meist unüberlegt in Routinen ab.

auch Flächenverbrauch – betrifft, ist und bleibt die Bahn unübertroffen. Sie kann als taugliche Alternative zum Pkw, zum Sattelschlepper, sowie zum Kurz- und Mittelstreckenflug dienen und dabei auch noch tausende Arbeitsplätze schaffen. Öffentliche Verkehrsmittel müssten also zum Rückgrat des zukünftigen Verkehrssystems werden, sind aber derzeit ein Minderheitenprogramm: Laut Statistik geben nur 40 Prozent der österreichischen Haushalte an, Geld für Öffis auszugeben. Hingegen werden hierzulande 70 Prozent aller Personen-Kilometer mit dem Pkw zurückgelegt. Dieses Verhältnis muss sich umkehren!

Was braucht es also?

Die Fachwelt diskutiert derzeit, ob und wie sich unser Mobilitätsverhalten durch die Pandemie dauerhaft verändern wird. Was unabhängig davon aber auf jeden Fall gilt: Mobilitätsentscheidungen werden aus dem Bauch heraus getroffen und laufen meist unüberlegt in Routinen ab. Wirklich nachgedacht und neue Entscheidungen werden erst getroffen, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern und die alten Muster nicht mehr funktionieren, also etwa beim Wechsel des Arbeitsplatzes, bei Übersiedlungen, der Geburt eines Kindes, aber eben auch in der derzeitigen Gesamtsituation. Gerade deshalb ist jetzt ein guter Zeitpunkt mit geeigneten Angeboten und Botschaften auf die Informationssuchenden zuzugehen und zu reagieren. Es braucht auch Konfliktfähigkeit und Diskussionsräume, wo Menschen mitreden und neue Möglich-

keiten ausprobieren können. So soll noch heuer das sogenannte Klimaticket – also eine österreichweite Netzkarte um 1.095 Euro – eingeführt werden. Wird dies die Öffi-Nutzung radikal ändern? Eine aktuelle Online-Umfrage der AK (rund 770 Teilnehmende) zeigt ein differenziertes Bild: Wo das Öffi-Angebot gut ist und auch angenommen wird, hat das Klimaticket eine hohe Attraktivität und wird sich wohl auch das Öffi-Fahren steigern. Bei jenen, die gewohnheitsmäßig mit dem Auto fahren – einerlei, ob erzwungen oder aus Überzeugung – ist der Effekt denkbar gering. Generell wünscht sich gut ein Drittel eine Netzkarte für den eigenen Verkehrsverbund.

Was sollte man also tun, damit das Klimaticket seine volle Wirkung entfalten kann? Einerseits müsste der Öffentliche Verkehr flächendeckend ausgebaut werden. Schließlich ist gut ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung von jeder Öffi-Grundversorgung abgeschnitten. Basierend auf den Geschäftsdaten des Postbusses, lässt sich abschätzen, welchen Nutzen zusätzliche Busdienste in diesen schlecht erschlossenen Regionen hätten: Pro Million Euro an öffentlichem Zuschuss könnten drei Millionen Euro an Pkw-Fahrtkosten und mehr als 1.000 Tonnen an CO₂ eingespart werden. Gleichzeitig würden damit 13 Arbeitsplätze geschaffen und rund 500.000 Bus-Kilometer gefahren werden, mit denen – bei durchschnittlicher Auslastung – 670.000 Fahrgäste jährlich ca. neun Millionen Personen-Kilometer zurücklegen würden.

Viel mehr Menschen leben allerdings in Regionen, in denen sie sehr wohl mit Öffis fahren könnten, es aber nicht tun. Hier helfen wohl nur „Push“-Maßnahmen, wie Parkraumbewirtschaftung, autofreie Innenstädte, Rückbau von Fahrbahnen usw. Das ist aber – trotz der Dringlichkeit – immer noch nicht sehr populär und wird deshalb tunlichst vermieden.

Die Wirkung von dauerhaftem Homeoffice wurde vom Umweltbundesamt berechnet: Wenn ein Viertel der Erwerbstätigen an zwei Tagen pro Woche daheimbleiben, ergibt dies eine Ersparnis von 300.000 Tonnen an Treibhausgasen. Klingt imposant, sind aber gerade einmal 1,2 Prozent der Treibhausgase des Verkehrssektors in Österreich. Im Jahr 2019 betrug der Ausstoß 24,1 Millionen Tonnen. Immerhin 700.000 Tonnen könnten vermieden werden, wenn ein Drittel aller Geschäftsreisen in den virtuellen Raum verlagert würden.

Verkehrspolitik im Sinne der Bewältigung der Klimakrise ist also weit mehr als über Infrastrukturen oder den Pfad der Technik zu diskutieren. Ver-

kehrspolitik muss über den Tellerrand schauen und erkennen, wo es Handlungsfelder gibt, die auf ihre Belange Einfluss nehmen. Beispielsweise darüber wie sehr die Verfügbarkeit von Breitband-Internet zu veränderten Arbeits- und damit Pendelvarianten beiträgt. Oder aber auch, wie man Betriebe dazu bringt, die nachhaltige Mobilität ihrer Beschäftigten und Kunden sicherzustellen oder etwa totes Recht wie die Verkehrserregerabgabe endlich umzusetzen. Und sie braucht auf jeden Fall die Kompetenz, Veränderungsprozesse zu initiieren und zu begleiten; also auch Menschen dazu zu motivieren, mitzumachen. □



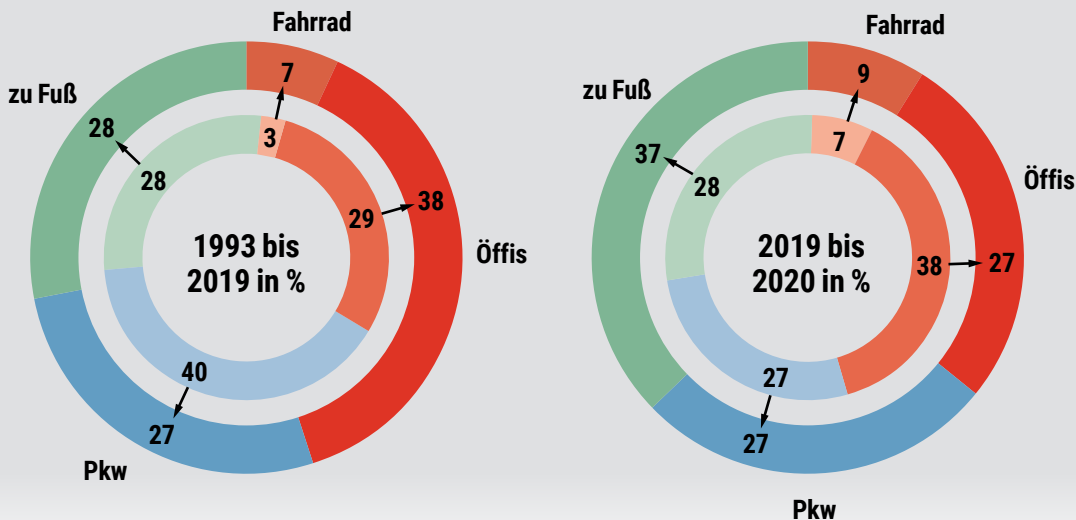
39,40%

der Befragten möchten das Klimaticket kaufen und mehr auf Öffis in der Freizeit umsteigen.

Modal Split 2019 und 2020 in Wien

Corona hat zu einer Verschiebung bei der Verkehrsmittelwahl geführt. So wurde vermehrt mit dem Rad gefahren. Die Angst vor Ansteckung, aber auch Monatskarten, die sich bei häufigem Homeoffice nicht „auszahlen“, wurden häufig zum Anlass – oder als Vorwand

– genommen, um von Öffis auf das Auto umzusteigen. So haben die Wiener Linien im Jahr 2020 eine Fahrgastrückgang von durchschnittlich 40 Prozent verzeichnet. Folgende Grafik zeigt die damit einhergehenden Veränderungen beim Modal Split in Wien:



Quelle: Wiener Linien

Die Leistungsträger*innen des Alltags aufwerten

Wie durch ein Brennglas hat die Pandemie den Blick auf die wirklichen Leistungsträger*innen geschärft und die Schwächen unseres Wirtschaftsmodells aufgezeigt. VON THOMAS KATTNIG



Thomas Kattinig ist Mitglied des Bundespräsidiums von youunion – Die Daseinsgewerkschaft, er ist Vize-Präsident des EGÖD sowie der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA).

Foto: Satellite

Gemeinsam mit der TU Wien und der Karl Polanyi Society haben sich die Autor*innen im Auftrag von AK und Gewerkschaft youunion angesehen, was die Daseinsvorsorge und Grundversorgung ausmacht und was es neben der ideellen Anerkennung tatsächlich braucht. Unter dem Titel „Leistungsträger*innen der Alltagsökonomie“ erfolgte eine wissenschaftliche Betrachtung der Daseinsvorsorgesektoren wie Gesundheit, Pflege, Elementarbildung, Energie und auch Nahversorgung. Die COVID-19-Pandemie stellt uns seit rund einem Jahr vor enorme Herausforderungen: persönlich, beruflich und gesellschaftlich. Die Arbeitslosenzahlen stiegen rapide an und viele Bereiche wie z.B. Kunst und Kultur, Gastronomie, Sport etc. haben einen bis heute noch nie dagewesenen Stillstand erlebt. Der Bericht bestätigt die Qualität der öffentlichen Leistungen der Alltagsökonomie und zeigt auf, wo die Probleme liegen und was nötig ist um die Leistungen, die in der Daseinsvorsorge erbracht werden, aufzuwerten. Diese Sektoren und ihre Beschäftigten sind in diesem Bericht die Leistungsträger*innen des Alltagslebens.

Notwendige Neubewertung

Die Pandemie hat dazu geführt, dass plötzlich die oft genannten „Held*innen“ des Alltags in den Vordergrund gerückt wurden. Mit Beifall und lobenden Worten wurden Leistungen im Bereich Gesundheit, Pflege, Elementarbildung, Energieversorgung, öffentlicher Verkehr und Infrastruktur etc., die tagtäglich erbracht, jedoch meist als selbstverständlich angesehen werden, sichtbar gemacht und wertgeschätzt. Langsam nähern wir uns wieder dem Vergessen. Daher ist es entscheidend jetzt eine leistungsgerechte materielle Anerkennung dieser Leistungen zu erreichen.

Der Bericht bestätigt die notwendige Neubewertung von Arbeit, Wirtschaft und Leistung die durch die COVID-19 Pandemie offensichtlich wurde. Um diese Neubewertung durchzuführen, braucht es einen genauen Blick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und deren unterschiedliche wirtschaftspolitische Logiken. So unterscheidet der Bericht im ersten Schritt die Alltagsökonomie in Daseinsvorsorge (Gesundheitsversorgung, Energie etc.) und Grundversorgungsökonomie (Lebensmittelhandel). Im Detail wurde zusätzlich in die materielle Grundversorgung (technische Daseinsvorsorge, z.B. Wasser- und Energieversorgung) und die soziale Daseinsvorsorge (Pflege, Gesundheit, Bildung und Verwaltung) geteilt.

Von den rund 4,3 Millionen unselbstständig und selbstständig Erwerbstätigen in Österreich sind knapp 1,9 Millionen Personen (44 Prozent der Erwerbstätigen) in der Grundversorgungsökonomie und sozialen Daseinsvorsorge beschäftigt. Zählt man die erweiterte Nahversorgung, d.h. weitere binnenwirtschaftliche Aktivitäten der Alltagsökonomie hinzu, sind es mit knapp 2,8 Millionen Personen fast zwei Drittel (65 Prozent) aller Erwerbstätigen. Dies unterstreicht das beschäftigungspolitische Gewicht der Alltagsökonomie in Österreich und auch die Notwendigkeit, einen genauen Blick auf die Arbeitsbedingungen und wirtschaftliche Einordnung dieses Sektors zu werfen. Die im Bericht aufgezeigten Beispiele von Leistung und

2,8 Millionen

Knapp 2,8 Millionen Arbeitnehmer*innen, fast zwei Drittel (65 Prozent) aller Erwerbstätigen, sind in der Alltagsökonomie beschäftigt.

Kurzgefasst

Die Grenzen der Sparpolitik und eines markt-radikalen Wirtschaftsmodells sind spürbar. Ein genauer Blick zeigt, wo die Probleme der systemrelevanten Berufe und der Daseinsvorsorge liegen. Jetzt ist daher der richtige Zeitpunkt, den Neuaufbau nach dem Prinzip Solidarität und Gemeinschaft zu beginnen. Eine resiliente Welt nach Corona braucht eine neue Konzeption von Wirtschaft, Arbeit und Leistung.



Foto: transfusionen.at

Applaus zahlt keine Miete. Die Beschäftigten in der Daseinsvorsorge brauchen eine messbare Aufwertung ihrer Leistungen, und das jetzt!

gerechtem Einkommen machen das Ungleichgewicht in der monetären Wertschätzung sehr deutlich. So unterscheiden die Autoren zwischen den „Nehmer*innen“ (=valuetakers), die sich produzierten Reichtum aneignen und Einkommen ohne Gegenleistung aus der Rentenökonomie beziehen, und den „Macher*innen“ (=valuemakers), die Werte schaffen.

Die „Macher*innen“ sind die Beschäftigten in der Daseinsvorsorge, sie schaffen einen enormen gesellschaftlichen Mehrwert. In wirtschaftlichen Zahlen ausgedrückt schaffen die Beschäftigten 43 Prozent der Wertschöpfung. Gemessen an den Brutto-Anlageinvestitionen, nimmt die Grundversorgungsökonomie mit rund 31 Prozent der gesamten Investitionen ebenfalls eine bedeutende Rolle ein. Hervorzuheben ist dabei auch, dass der Bereich der sozialen Daseinsvorsorge (u.a. Pflege, Gesundheit, Bildung) im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsbereichen mit 63 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Anteil an erwerbstätigen Frauen aufweist (Gesamtwirtschaft: 47 Prozent). Obwohl dieser Bereich so essentiell für die Versorgung aller ist, spiegelt sich dies oft nicht in Entlohnung und Arbeitsbedingungen wieder. Hinzu kommt, dass auch der gesamte unbezahlte Sektor, der zumeist von Frauen getragen wird, unsichtbar bleibt.

Der Bericht macht deutlich, dass eine Aufwertung und eine Leistungsgerechtigkeit in der sozialen und materiellen Daseinsvorsorge dringend nötig sind. Dafür braucht es ausreichend finanzielle Mittel und Investitionen für die kommunale und regionale Grundversorgung sowie verbesserte Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, bessere Bezahlung und mehr Entlastung durch Personalaufstockung. □

Link zur Studie: https://publik.tuwien.ac.at/files/publik_291036.pdf

Wirtschaftsbereiche					
unbezahlt	Monetär erfasst in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)				
unbezahlter Sektor – private Haushalte	Alltagsökonomie			Exportorientierte Marktökonomie	Rentenökonomie
	Grundversorgungsökonomie		Erweiterte Nahversorgung		
	Daseinsvorsorge	Grundlegende Nahversorgung			
Beispiele					
unbezahlte Pflege von Angehörigen	Gesundheitsversorgung, Energie	Lebensmittel, Alltagsbedarf	Restaurants, Frisiersalons	Autozulieferindustrie	Aktien-/Immobilienmarkt
Zukunftsfähige Politikmaßnahmen					
Aufwertung/ Bezahlung oder Verlagerung zu Alltagsökonomie	Ausbau	Ausbau	Ausbau	Umbau	Rückbau



Gemeinsam für eine bessere Welt!

Weltweiter Klimastreik Am 19. März 2021 gingen weltweit wieder junge Menschen und ihre Unterstützer*innen auf die Straße, um für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu kämpfen. „Wir lassen ein ‚Weiter wie bisher nicht zu!“, hieß es im Demo-Aufruf der Wiener Gruppe der Fridays for Future. Gerade die Corona-Pandemie würde die Verwundbarkeit der Menschheit deutlich vor Augen führen. Nun geht es um eine echte Zukunftsperspektive: Durch eine wirksame Klimapolitik soll die Welt gesünder, glücklicher und krisensicherer werden. Gefordert werden unter anderem ein starkes Klimaschutzgesetz und konkrete Maßnahmen für einen Klimaschutz, der für alle leistbar ist. In Wien wurde „Corona-konform“ mit einer Menschenkette rund um die Ringstraße demonstriert: Während die Demonstrant*innen mit Schnüren verbunden waren, gab es Reden, Musik und künstlerische Aktionen. AK-Präsidentin Renate Anderl unterstrich am Schwarzenbergplatz die Bedeutung rascher Maßnahmen für einen sozial ausgewogenen Klimaschutz, der auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen ernst nimmt. **FW**

16. und 17. AK Klimadialog

Diskussion Am 17. März 2021 fand der 16. AK Klimadialog zu den kommenden Änderungen am EU Emissionshandel (ETS) statt. Einerseits soll der Ausstoß an Treibhausgasen in der EU nunmehr bis 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 vermindert werden. Andererseits erwägt die Kommission eine Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Emissionsquellen, etwa auf Raumwärme und Verkehr. Über die Herausforderungen bei der Änderung und möglichen Ausweitung des ETS sprach Peter Zapfel von der Europäischen Kommission. AK-Experte Christoph Streissler analysierte diese anschließend aus einer interessenpolitischen Perspektive. Am 15. April 2021 beschäftigt sich der 17. AK Klimadialog mit der Frage, welchen Beitrag der EU Resilienzfonds zum ökologischen Wandel bzw. zu einer klimaneutralen EU leistet. Helena Mölter vom Wuppertal Institut präsentiert das Projekt „Green Recovery Tracker“ und stellt erste Ergebnisse aus der Analyse nationaler Wiederaufbaupläne vor. Nach einem Kommentar von Michael Soder (AK Wien) gibt es Raum für Diskussion. **FW**

Perspektiven für eine sozial-ökologische Transformation

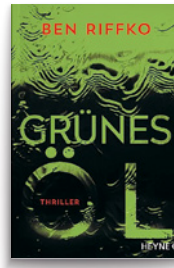
Finanzwirtschaft und Welthandel

Die multiplen Krisen der Gegenwart erfordern internationale Antworten. Der Ausbruch der Corona-Pandemie zeigt das umso deutlicher. Sie machen vielfältige Interdependenzen und Ungleichheiten, aber auch Gestaltungsspielräume sichtbar. Seitens der Internationalen Politischen Ökonomie erfahren Fragen der Gestaltung von Geld- und Währungssystemen, der Finanzmärkte oder des Welthandels eine neue Welle an Aufmerksamkeit. Die Forschung zu ausgewählten Aspekten dieser Diskussion soll am 28. und 29. September 2021 bei einer virtuellen, von der AK unterstützten wissenschaftlichen Tagung auf produktive Art zusammengeführt werden. Abstracts (300 bis 600 Wörter, fünf Keywords, kurzer CV) potenzieller Konferenzbeiträge mit Bezug zu Fragen einer sozial-ökologischen oder demokratischen Transformation können bis 30. April 2021 unter submissions@finance-and-trade.net auf Deutsch oder Englisch eingereicht werden. **FW**

Weitere Informationen:
conference@finance-and-trade.net oder
<https://finance-and-trade.net/>.

Menschenrechte vor Konzerninteressen

Nach der erfolgreichen EU-weiten Kampagne zur Lieferkettenverantwortung (www.enforcinghumanrights-duediligence.eu/) unterstützt die AK auch die österreichische Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze! Damit Lieferketten nicht verletzen“ (www.menschenrechtebrauchengesetze.at).



Wege zur Wohlfahrtsstadt

Buch Seit dieser unsäglichen Pandemie, werden der Sozialstaat und die Vorzüge einer öffentlichen Daseinsvorsorge, allen voran das Gesundheits- und Sozialwesen, wieder viel mehr auch in der Öffentlichkeit geschätzt. „Mehr Privat weniger Staat“ dürfte zumindest derzeit ausgedient haben. Wenn die Krise vorbei sein wird, sollten es aber nicht die Kommunen sein, bei denen der Sparstift angesetzt wird. Daher ist es auch gerade jetzt notwendig, einen Blick auf die Leistungen der öffentlichen Hand und ihrer wirtschaftspolitischen Rolle zu werfen. Dieses Buch liefert gute Argumente zu Vorteilen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und gibt aktuelle Diskussionen und Erfahrungen von Liberalisierungen derselben wieder. Es bietet Lösungen, wie eine offensive und kommunale Wirtschaftspolitik aussehen kann. Es ist noch ausreichend Zeit, bis zum 23. Juni, dem Tag der Daseinsvorsorge, in diesem Buch zu schmökern. Da sollten die Erfolge der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand gefeiert werden. **SI**

Renate Brauner und Bernhard Müller (Hrsg.)
Wege zur Wohlfahrtsstadt
 Urban Future Edition

Grünes Öl

Öko-Thriller Der deutsche Jurist und Unternehmensberater, der sich im Pseudonym Ben Riffko nennt, hat nach einer Begegnung mit einem ehemaligen Waffenhändler, der in die Produktion von Öl aus Algen investiert, einen Öko-Thriller der besonderen Art geschrieben. Fundiert recherchiert und in der Folge belletristisch konstruiert erzählt Riffko ein spannendes Szenario rund um Venture Capital, Lobbyismus, Politik, Korruption und Terrorismus. Ein Buch, das gerade in Zeiten von Terroranschlägen, Pandemie- und Klimakrise nur zu real erscheint. Konkret geht es um die Machenschaften rund um ein Start-up Unternehmen, das eine Alge gentechnisch so manipuliert hat, dass sie den Weltölmarkt revolutionieren könnte. Das Buch wurde nun auch für den Gläuser-Preis, einen der renommiertesten deutschen Krimi- und Thriller-Preise nominiert. **EL**

Ben Riffko
Grünes Öl
 erschienen Oktober 2020
 im Heyne Verlag

Rechte und linke Positionen im Umweltverständnis

Broschüre Angesichts des allenthalben sichtbaren Rechtsrucks hat die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), ein Basisgruppennetzwerk in Deutschland, eine Broschüre herausgebracht, die rechte und linke Positionen zu Ökologie, Umweltpolitik und gesellschaftlichen Naturverhältnissen darstellt und vergleicht. Als Beispiel kann etwa die Sicht auf die Natur dienen: Die Sehnsucht nach einer unberührten Natur wird von vielen geteilt; sie kann auf der linken Seite zu Herrschaftskritik führen, auf der rechten zu einer Verklärung natürlicher Ordnungen. Der thematische Bogen der Broschüre reicht von Landwirtschaft und Naturschutz über Wachstumskritik bis hin zur Globalisierung. Eine Lektüre, die zum Nachdenken und Überprüfen der eigenen Sicht anregt. **CS**

Bundeskoordination Internationalismus (BUKO, www.buko.info):
 „Rinks und Lechts kann man nicht velwechsern“? Rechte und linke Positionen zu Ökologie – eine Handreichung für linke Aktivist*innen

Faire Arbeitsbedingungen für ALLE Beschäftigten

PRO

Schwarzarbeit, Lohndumping, harte Arbeitsbedingungen und Massenquartiere – die Arbeitsrealität vieler Landarbeiter*innen ist erbärmlich. Betroffen sind vor allem Saisonarbeiter*innen und Erntearbeiter*innen, die keine Staatsbürger*innen sind. Systematische Ausbeutung ist die Regel, nicht die Ausnahme, davon sind Insider überzeugt.

Landwirtschaftsbetriebe, die gegen Arbeits- und Sozialstandards verstoßen, werden derzeit mit unserem Steuergeld belohnt. Sie profitieren uneingeschränkt von den jährlichen 55 Milliarden an EU-Agrarförderungen. Zudem haben sie niedrigere Produktionskosten als ihre Mitbewerber*innen und dürfen die so produzierten Lebensmittel als regional und nachhaltig bewerben.

Initiativen auf EU-Ebene stellen sich jetzt gegen diese unerträglichen Missstände in der Landwirtschaft. Parlament und Kommission wollen die Einhaltung von Arbeitsrechten als Förder-

Konsequenzen bei Ausbeutung von Erntearbeiter*innen – EU-Vorstoß für soziale Nachhaltigkeit hilft gegen unerträgliche Missstände.

Das würde echte Kontrollen, Transparenz und letztlich finanzielle Konsequenzen bei Missbrauch möglich machen. Wer bitte sollte da was dagegen haben? Unser Landwirtschaftsministerium! Im

EU-Rat tritt die österreichische Delegation vehement gegen die Verankerung von Arbeitsrechten in der gemeinsamen Agrarpolitik auf. Argumentiert wird mit zu viel Bürokratie und fehlender Beratung. Zynischer geht's wohl nicht. Und wer glaubt, Lohndumping mit Beratung zu verhindern, ist selber falsch beraten.

Maria Burgstaller ist Agrarökonomin und Mitarbeiterin in der Abteilung Wirtschaftspolitik in der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh



CON

Vorschläge für mehr bürokratische Doppelgleisigkeiten in der GAP sind nicht neu und kommen vermehrt vor, wo in den Mitgliedstaaten – wie bei Arbeitsrecht und Mindestlöhnen – keine EU-weit einheitlichen Regelungen bestehen.

In absehbarer Zeit ist auch wenig wahrscheinlich, dass eine völlig vergemeinschaftete Rechtslage geschaffen wird. Völlig außer Streit steht, dass es klare Vorschriften zum Schutz der Beschäftigten in der gesamten Lebensmittelproduktion und deren Kontrolle durch die zuständigen Behörden braucht.

Wo auf nationaler Ebene bereits funktionierende Systeme etabliert sind – insbesondere in Österreich werden durch das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz strenge Strafen

vorgesehen – sollen nicht doppelte Sanktionen, sondern Beratung und Information von Betriebsleiter*innen und Arbeitnehmer*innen im Vordergrund stehen. Kürzungen der GAP-Zahlungen bringen weder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Ländern mit niedrigeren Standards noch verhindern sie Wettbewerbsverzerrungen.

Beratung und Information anstelle doppelter Sanktionen für faire Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in der Lebensmittelkette.

Stattdessen sollen künftig verstärkt gezielte Fachveranstaltungen für eine umfassende Behandlung von arbeits- und sozialrechtlichen Themen sorgen. Verbindliche Vorgabe der Sozialstandards braucht es in offenen Handelsabkommen der EU, dort besteht dringender Handlungsbedarf.

Karl Bauer ist Abteilungsleiter Agrar- und Regionalpolitik für Bildung u. Beratung in der Landwirtschaftskammer Österreich.

Foto: LWK Österreich



Gesellschaftskritische Wissenschaft



Verkehr und Infrastruktur

- 59 **Rechtssetzung durch Private im Eisenbahnrecht** Rechtswissenschaftliche Studie. Konrad Lachmayer 2016
- 60 **Gewerkschaften und nachhaltige Mobilität** Astrid Segert, Studie 2017
- 61 **Arbeitswege und Arbeitszeit – Zeit für mein Leben?** Eine Analyse von Mobilitätsdaten von Erwerbstätigen in Österreich. Susanne Wolf-Eberl, Patrick Posch, 2018
- 62 **Monetarisierung von „Sozialdumping“ im Straßenverkehr** Norbert Sedlacek, Irene Steinaucher, 2019
- 63 **Belastungen am Arbeitsplatz durch Hitze am Beispiel der Triebfahrzeugführer*innen und Baukranführer*innen** Literaturrecherche und Arbeitsmedizinische Stellungnahme, Georg Wultsch, 2019
- 64 **active2work – Arbeits- und Mobilitätszeit neu gedacht** Machbarkeitsuntersuchung. Marlene Doiber, Sandra Wegener, Roland Hackl, Maria Juschten, Clemes Raffler, Michael Meschik, Julia Schmid, 2020
- 65 **Gesundheitliche Belastungen des fliegenden Personals – Endbericht** ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt. Hans Peter Hutter, Florian Heger, Kathrin Lemmerer, Hanns Moshhammer, Michael Poteser, Peter Wallner, 2021



Informationen zur Umweltpolitik

- 198 **Umweltgerechtigkeit; Sozioökonomische Unterschiede bei von Umwelteinflüssen Betroffenen und im Umweltverhalten; Mikrozensus Umwelt und EU-SILC – Statistical Matching** Alexandra Wegscheider-Pichler, Sacha Baud, 2019
- 199 **Zu Fragen der Verteilungswirkungen in der Klimapolitik** Josef Baum, 2019
- 200 **ES darf ein bisschen verbindlicher sein – Überlegungen und Wünsche für die künftige Rechtsentwicklung im Verkehrslärmschutzrecht** Josef Werner Hochreiter, 2019
- 201 **Zur Ökobilanz von E-Autos und was die VerbraucherInnen darüber erfahren – Eine Marktanalyse** Holger Heinfellner, David Fritz, 2019
- 202 **Neue Gentechnik – Grundlagen für die kommende politische Debatte** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 202a **New Genetic Engineering – A basis for the upcoming political debate** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 203 **Landkarte der „(De-)Karbonisierung“ für den produzierenden Bereich in Österreich – Eine Grundlage für die Folgenabschätzung eines klimapolitisch bedingten Strukturwandels des Produktionssektors auf Beschäftigung, Branchen und Regionen** Fabian Gabelberger, Claudia Kettner-Marx, Michael Peneder, Gerhard Streicher, 2020

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at oder PDF-Download www.arbeiterkammer.at

Genug
vom Fischen
im Trüben?

A&W
blog

awblog.at

Wirtschaft und Umwelt:
Sekretariat: 0043/1/50165-12404
E-Mail: wirtschaft.umwelt@akwien.at
www.ak-umwelt.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z034642 M
Bundesarbeitskammer, Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien

Wer jetzt nicht investiert, kann nicht rechnen!

INVESTITIONEN HABEN EINEN VIELFACHEN NUTZEN:

Jetzt in Bildung, soziale Dienste, Klima und Jobs zu investieren, schafft Arbeitsplätze und nachhaltigen Wohlstand.

Zudem entstehen Chancen, und das Leben vieler Menschen wird verbessert.

Die AK hat einen Plan, wo investiert werden sollte.



MEHR UNTER:
arbeiterkammer.at/initiativeinvestieren
 [#InitiativeInvestieren](https://twitter.com/InitiativeInvestieren)



INITIATIVE:

INVESTIEREN